

Schlesische Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Anzeigenpreise: Die 6spaltige Millimeterzeile über deren Raum 400.— Mf. Stellen- und Wohnungsangebote, Familiennachrichten, Vereins- und Besammlungsanzeigen 150.— Mf. Kleine Anzeigen per Blatt 25.— Mf. — Mehrfachpreis: Die Millimeterzeile 4spaltig über deren Raum im Text 800.— Mf.

Dienstag, den 10. Juli 1923.

Bezugpreis: Durch Abnehmer 3000.— Mf. pro Woche. Durch die Post 6500.— Mf. pro Monat und Nachzahlung des Differenzbetrages für Monat Juli. Redaktion und Expedition: Breslau, Trebnitzerstraße 50. — Postfachkonto: Breslau Nr. 810 60. — Fernsprecher: Breslau, Ring 8887.

Die Fahrt in den Abgrund

Leuerungsrekordziffern / Dollar über 275 000 / Neue Verdoppelung der Eisenbahntarife / Ausdehnung des Berliner Metallarbeiterstreiks

Die rasende Leuerung

Leuerungrekord in der ersten Julitwoche

Die von der „Industrie- und Handelszeitung“ berechnete Leuerungsziffer der Lebenshaltungskosten stieg in der Woche vom 30. Juni bis 6. Juli von dem 1127fachen auf das 1570fache des Vorkriegsstandes, also um 39,3 Prozent und übertrifft damit beträchtlich die Verteuerung in der letzten Juniwoche, die mit 32,4 Prozent bereits eine Rekordsteigerung darstellte. Dazu ist festzustellen, daß erstens das Stimmesblatt die Lebenshaltungskosten denkbar niedrig berechnet und daß zweitens der Dollar in der Berichtwoche kaum gestiegen ist.

Das Statistische Amt hat für die Stadt Halle für den Monat Juni eine Leuerungszahl errechnet, die im Verhältnis zum Mai das Dreifache darstellt. Statt der dreifachen Erhöhungen der Milchpreise für Juni ist eine durchschnittliche Erhöhung der Milch- und Geflügelpreise um nur 60 bis 80 Prozent zu verzeichnen.

Die Agrarier sabotieren die Volksernährung. Am Berliner Produktenmarkt kostete Getreide pro 50 Kilo so:

	5. 7.	6. 7.
Weizen	430 000	470 000 bis 480 000
Roggen	300 000	340 000 bis 350 000
Gerste	330 000	375 000 bis 390 000
Hafer	315 000	360 000 bis 365 000

Ausländisches Getreide, das seinen Preis in Markt gerechnet, nicht verändert hat, ist somit gegenüber dem inländischen Getreide gegenwärtig um rund 20 bis 25 Prozent billiger. Wie ein Bericht von der Hamburger Produktbörse mitteilt, war jedoch das billige ausländische Getreide nicht zu haben, angeblich, weil keine Devisen zur Verfügung standen.

Täglich werden Abermilliarden Papiermark für Devisenkäufe, die reinen Spekulationszwecken dienen, hinausgeworfen. Wenn es sich aber um Verbilligung der Volksernährung handelt, um eine Beschneidung der unerhörten Wucherergewinne der Agrarier, dann sind keine Devisen da. Cuno, der das mitmacht, und die Sozialdemokraten, die kein Wort dagegen finden, stellen sich von selbst in eine Reihe mit den Verbrechern und Hochverrätern vom Landbund.

Steigerung der Großhandelspreise.

Nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamts ist das Niveau der Großhandelspreise von dem 817fachen des Friedenspreises im Durchschnitt Mai auf das 1938fache oder um 137 Prozent im Durchschnitt Juni emporgeschwollen. Bezeichnenderweise erhöhten sich die reinen Importwaren nur um 129 Prozent, während die Inlandswaren um 140 Prozent anstiegen.

Anfang Juni dauerte die Preissteigerung fort. Am Stichtage des 3. Juli erreicht die Gesamtindexziffer der Großhandelspreise das 3382fache des Friedensstandes. Das bedeutet gegenüber dem Mai durchschnit das Vierfache, gegenüber dem Juni durchschnit beinahe das Doppelte. In einer Woche (vom 25. Juni bis 3. Juli) beträgt die Erhöhung allein 37 Prozent. Davon stiegen die Lebensmittel um 58 Prozent.

Was ergibt sich daraus? Der Verwirrungschaos der Lebenshaltungskosten im Durchschnitt Mai, bei den Lebensmitteln macht die Verteuerung mindestens das Fünffache aus, stehen gegenüber Lohn- und Gehaltserhöhungen um durchschnittlich das Anderthalbfache. Die gewaltigen Lohnkämpfe, die allenthalben in Deutschland ausgebrochen sind, zeigen mit erschütternder

Deutlichkeit das Elend der breiten Massen auf. Solange die Gewerkschaften in den Arbeitsgemeinschaften mit den Unternehmern fuhhandeln, während die Arbeiter beschuggern, solange wird an den heutigen Zuständen nichts geändert werden. Der Kampf um den Reallohnsfrieden ist heute das einzige Mittel, um den Hungertod breiter Massen in bescheidenstem Rahmen zu steuern.

Neue Preiserhöhungen in Aussicht.

Der Reichskohlenrat und der Ausschuss des Reichskohlenverbandes beraten gegenwärtig über eine neue Erhöhung der Kohlenpreise. Es ist vorgesehen, auch diesmal wieder die Preise um etwa 50 Prozent zu erhöhen. Das bedeutet einen durchschnittlichen Kleinverkaufspreis von 45 000 Mark für den Zentner Brückkohle.

Anfang nächster Woche tritt der Reichskaliberrat zusammen, um eine neue Kalipreiserhöhung zu beschließen. Vorgesehen ist, entsprechend den zu erwartenden Lohnsteigerungen im Kalibergbau, eine Erhöhung um 50 Prozent. Die Reichseisenbahn beabsichtigt eine neuerliche starke Heraussetzung der Personentarife bereits ab 1. August.

Der Verband der Bäcker hat den Preis für markenreines Brot ab 9. Juli auf 16 000 Mf. heraufgesetzt. Es liegt System in der Sache. Man hofft, bis zum September die Mehl- und Brotpreise soweit hochgetrieben zu haben, daß die Abschaffung der Zwangswirtschaft, die bis zu diesem Termin vorgesehen ist, keinen Widerstand mehr in den Verbraucherkreisen findet.

Die Lage im Berliner Metallarbeiterstreik

Berlin, 10. Juli

Nach einer Meldung des WSB. haben gestern Verhandlungen zwischen dem Reichsarbeitsministerium und Gewerkschaftsvertretern zu einem Ergebnis geführt. Die bürgerlichen Morgenblätter hoffen, daß der Streik noch heute beigelegt werden wird. Bezeichnenderweise gibt weder die Zentralstreikleitung noch die beteiligte Regierungseite irgendwelche Auskünfte über die Vereinbarungen. Offenbar sollen die Berliner Metallarbeiter überrumpelt werden.

Unoffiziell wird uns mitgeteilt, daß ein Stundenlohn von 13 000 Mark in Vorschlag gebracht werden soll. Das ist im Reallohn noch weniger, als das Angebot von 12 000 Mf. in der vorigen Woche. Die Erregung der Arbeiterschaft auch in den nicht bestreikten Betrieben ist gestern aufs höchste gestiegen. Außer den 100 000 von der Streikleitung zum Ausstand angewiesenen Metallarbeitern traten gestern sämtliche Großbetriebe, insgesamt 50 000 Arbeiter, ganz spontan in den Ausstand, so daß heute 140 000 bis 150 000 Metallarbeiter im Streik stehen.

Die Schupo des Berliner Polizeipräsidenten Richter, der dem Metallarbeiterverband als Sozialdemokrat angehört, geht in unerhört provokatorischer Weise vor. Die Schupoabteilungen sind zum Schutze der Streikbrecher vor den Betrieben postiert und hindern die Streikposten mit größter Rücksichtslosigkeit in ihren Rechten. Die Belegschaften mehrerer Großbetriebe, die deshalb vor anderen Betrieben demonstrierten, wurden von starken Schupoausgebenden mit blanker Waffe und geladenen Karabinern auseinandergetrieben.

Durch den kleinen Ausnahmezustand soll auch die geplante Demonstration aller Streikenden illusorisch gemacht werden.

Das „Vermögen“ der russischen Sowjetbeamten

Die „Schlesische Zeitung“, das Krautjunkerblatt, bringt Alarmmeldungen gegen Sowjetrußland. Ganz erklärlich. Vor kurzer Zeit wurde ein Handelsabkommen geschlossen, wodurch Rußland von Deutschland Maschinen und Rohstoffe erhält, um dafür Getreide zu liefern. Damit ist den Krautjunkern die Möglichkeit beschnitten, das Volk ganz nach ihrem Belieben auszuplündern. Das russische Getreide wird, trotz der hohen Frachtkosten, den Preis mitbestimmen. Es wird dafür sorgen, daß die Krautjunker die Lagerböden öffnen müssen und das Getreide zu normalem Preise abgeben.

Aber aus Konkurrenzneid gegen den Handelsvertrag zu wettern, wäre zu blump. Jeder würde gleichgültig sein, wenn die russische Regierung die Lagerböden öffnen und das Getreide zu normalem Preise abgeben ließe. Darum bringt man ganz allgemeine Schwindelmeldungen. Jeden Tag etwas. Das Gift soll langsam, aber sicher wirken. Es soll die Sympathien der breitesten Kreise des arbeitenden Volkes zu Sowjetrußland erschüttern.

Heute bringt die „Schlesische Zeitung“ eine Notiz über das „Vermögen“ unserer von den Geistverwandten der Leute um die „Schlesische Zeitung“ ermordeten Gen. Borowsky.

54 Milliarden Papiermark soll er als Bankguthaben hinterlassen haben. Wie steht es damit. Erstens: 54 Milliarden Papiermark sind bei dem heutigen Dollarkurs 720 000 Goldmark. Als leitender Beamter einer ausländischen Mission ist damit nicht einmal viel auszurichten. Und zweitens weiß die „Schlesische Zeitung“ sehr genau, daß man in den bürgerlichen Staaten jedes Bankguthaben auf den persönlichen Namen eintragen lassen muß. Sie weiß, daß dies bei einer Genossenschaft oder einer anderen Gesellschaft in Deutschland ebenfalls der Fall ist. So ist der Reichspräsident Friedrich Ebert zum Beispiel der formelle Inhaber vieler sozialdemokratischer Druckerereien und Zeitungen, ohne daß ihm auch nur ein Pfennig von diesen Billionenwerten persönlich gehört, sondern alles Eigentum der sozialdemokratischen Mitglieder ist.

Genau so besteht auch das angebliche Vermögen der Sowjetbeamten darin, daß unter

ihrem Namen Bankgelder von Arbeiter-Organisationen oder vom Sowjetstaate eingetragen sind. Wir bemerken dies gegenüber den sozialdemokratischen Arbeitern, weil wir wissen, daß auch die sozialdemokratische Presse mit Vorliebe antisowjetistische Hetz- und Schwindelmeldungen abdruckt, um Sowjetrußland und den Kommunismus bei den deutschen Arbeitern zu verunglimpfen.

Neue Verdoppelung der Bahntarife

Am 18. Juli tritt der Reichseisenbahnrat zusammen, um über die Notwendigkeit neuer Tarifserhöhungen zu beraten. Die Höhe der neuen Tarife wird kurz vor der Tagung nach den bis dahin eingetragenen Erhöhungen der Löhne, Gehälter und Kohlenpreise errechnet. Obgleich man aus diesem Grunde noch keine bestimmte Ziffer nennen kann, soll die Erhöhung wie die „Vossische Zeitung“ erfährt, mindestens Hundert vom Hundert betragen. Sie soll an 1. August in Kraft treten.

Eindringende Politik Sachlens!

Die Politik der Zeigner-Regierung bewegt sich in widersprüchlichen Schwankungen. Unklarheiten, Unentschiedenheiten, die unsere Partei unter keinen Umständen dulden kann.

Eingige, besonders traffe Beispiele aus den letzten Tagen. Die Zeigner-Regierung bewegt sich zur Entlastung der werktätigen Bevölkerung ein. Die Anträge fordern die Aufhebung des Steuerabzugs vom Lohn, der Umsatzsteuer, die Erstattung der Sachwerte, die Erhöhung der Steueranteile der Länder und Gemeinden. Sie fordern für die Länder und Gemeinden die Berechtigung auf Erhebung progressiv gestaffelter Zuschläge zur Reichseinkommen-, Erbschafts- und Vermögenssteuer usw. Die Berechtigung von Reich, Ländern und Gemeinden, alle Steuern, Abgaben, Gebühren, Preise, Beiträge progressiv nach der Höhe des Einkommens abzustufen.

Dieser Antrag wurde am 3. Juli im Landtag verhandelt. Die Regierung schwingt sich aus. Die USPD-Fraktion stimmte ihm zusammen mit den bürgerlichen Parteien nicht, nachdem ihr Wortführer Edel ein paar Redenarten über das Steuerrecht gemacht und mit Worten sich zur Sachwertersatzung bekannt hatte. Das läuft in düren Worten darauf hinaus: daß unter „linker“ Verkleidung praktisch bürgerliche Koalitionspolitik gemacht wird. Wenn das der Zweck der Zeigner-Regierung sein soll, so hat sie ihr Existenzrecht vermisst. Mit kommunistischem Schild darf eine linksdrapierte Neuausgabe der Lipinski-Politik nicht gedeckt werden! Wir danken!

Zweites Beispiel. In der Kreisversammlung der USPD des ehemaligen 19. Wahlkreises hat der sachliche Wirtschaftsminister Zellisch eine scharfe Anklage gegen die Streikbrecher des rechten Flügels, verlangt lokale Durchführung der Parteieinrichtungen, fordert klare Stellungnahme der deutschen Sozialdemokratie zur Zeigner-Regierung und zum „Ruhrauswärtler“, soweit gut. Er erklärt dann, die Sachwertersatzung stehe heute im Mittelpunkt der Dis-

Nun aber raus mit der Stinneshure!



Der „Generalanzeiger“, die „Bresl. neuesten Nachrichten“, das Leib- und Magenblatt des Breslauer Spießbürgers, leistet sich in der Sonntagsausgabe vom 9. Juli folgenden Haren- und netten Satz: „Es gibt nur eins, was uns helfen kann, das ist: Hunger und mehr arbeiten und weniger herbräuen.“ Arbeiter, Angestellte, Beamte! Wie lange wollt Ihr das Stinnesblatt, das Euch in Eurer Not täglich verhöhnt, noch unterstützen? Werft es zum Teufel! Abonniert das Blatt, das Eure Interessen ständig vertritt, die „Schlesische Arbeiterzeitung“!

Der nächste Krieg

Das amerikanische Blatt „The Nation“ über die Formen des Luftkrieges

Die „Friedensbemühungen“ des Völkerbundes werden angeht die fort-dauernden Kriegsspannungen der Völkerbund-mächte nirgends ernst genommen. Wenn aber die bürgerliche Presse Amerikas und der Entente jede Heuchelei aus-spricht und wie es immer bitter geschieht, in „sachliche“ Erörterungen über den nächsten Krieg eintritt, so trägt das viel zur völligen Klarheit über die Absichten der Imperialisten bei. Das Proletariat hat die Wahl, entweder wieder als Kanonensfutter auf die Schlachtfelder geschickt zu werden oder den Kapitalismus zu stürzen.

Der Artikel der „Nation“ lautet: Mehr als ein Jahr ist vergangen, seit die Mächte auf der Washington-Konferenz eine Beschränkung der Schlachtschiff-Tonnage zuge-stimmt haben. Trotzdem und trotz des dro-henden wirtschaftlichen Zusammenbruchs Euro-pas hat das Streben nach maritimer Stärke keinen Augenblick aufgehört. Die militärische Haltung Frankreichs auf der Washington-Konferenz bezüglich der Einschränkung der U-Bootrüstungen und die ziemlich passivste Auf-nahme, die der Wunsch nach Verhinderung des Giftgaskrieges bei den meisten europäischen Staaten fand, sind schöne Anzeichen der all-gemeinen Stimmung in Europa. Die euro-päischen Staaten sind nicht bereit, ihre zwei-tausendjährigen Waffen aufzugeben, und solange sie in den Luftfahrzeugen eine Kriegsmaschine von unbegrenzten Möglichkeiten sehen, werden sie nicht gern irgendeine Einschränkung an „Tonnage“ oder an Zahl der Luftfahrzeuge be-willigen.

Der Flugzeug ist die hervorragendste Waffe der Gegenwart. Seine militärischen Möglich-keiten sind jenseits jeder Berechnung. Niemand kann die Möglichkeit eines Flugzeugkrieges von 1943 voraussehen! Weder durch Land noch See beschränkt, ist das moderne Flugzeug eine amphibische Waffe, — die Kriegsschiffe zur See oder Städte 1000 Meilen landeinwärts bombardiert. Druppen im Felde oder an Sammelpunkten 500 Meilen hinter der Front und Schützengräben angreift. Hilfszüge und Hilfsschiffe überfällt.

Keine Et-Di ist mehr sicher.

Die äußerste Wichtigkeit der Flugzeuge bei der Kriegsführung wird etwas erhellt durch die riesenhaften Bombenangriffe, die gegen Ende des letzten Krieges in Syene gesetzt wurden. Der amerikanische Schlachtkreis von 1917 — 10 000 Bombenflugzeuge lösen Deutschland vom An-gebot der Erde aus! — war von den Engländern Ende 1918 teilweise vertrieben. Anti-lische Ziffern zeigen, was England gegen Deutschland losgelassen hätte. General Haigs Plan war nahezu vollendet, da er die britischen Luftstreitkräfte von 86 Geschwadern mit nur 10 Fernflugzeugbombengeschwadern auf 170 Ge-schwader mit 60 Fernflugzeugbombengeschwadern brachte. Dieser Wechsel in der Luft-taktik — von „Fernarbeit“ mit kleinem Aktionsradius zu Bombenflügen mit weitem Aktionsradius — war in die Praxis erst ganz am Ende des Krieges übertragen. Jetzt hat die Luft-taktik den Hauptanteil der Luftoperationen gegen den Feind an. Überfälle auf weite Entfernungen in das Herz des feindlichen Lan-des, die sich auf 500 englische Meilen oder noch weiter hinter die eigentlichen Schlach-tfelder erstrecken, werden gegen militärisch wich-tige Anlagen gerichtet werden. Sie bringen Verderben auch sonst überall hin. Berlin, Liverpool, Lyon, Wien, Rom und hundert an-dere Städte wurden bisher als unangreifbar angesehen. Sie werden jetzt mehr Gegenstand der Angriffe werden als die eigentliche Front.

Waffenverhaftungen und Inquisitionen in Bulgarien

Der Wiener Korrespondent des Arbeiter-blattes „Daily Herald“ meldet heute: 3-tägig. — Wie ich aus gut informierter Quelle er-fahre, hat die neue Regierung in Bulgarien die Aufhebung der kommunistischen Partei an-geordnet. Hunderte Kommunisten wurden bisher verhaftet und aus Mangel an und we-den gegenwärtig in verschiedenen Gefängnissen Bulgariens festgehalten. Der Korrespondent behauptet auch die Verhaftung des Genossen Kolarow.

Diese Meldung erläutert die bulgarische Regierung, an der eine Partei der 2-Internationalen beteiligt ist, vor der ganzen Welt als eine Faschistenregierung schamlos. Und diese Regierung gestand sich die bulgarische Sozialdemokratie, der „Borba“, den Arbeitern als „demokratische Regierung“ anzu-preisen. Wie lange noch werden die so „demokratischen“ Arbeiter die Schwärze haben, in einer Internationalen zu sein, deren Mitglieder ihre Decker verhaften, misshandeln und hin-morden lassen? Die Hamburger 3-Internationale, vor allem aber die sozialistische Arbeit-erschaft, hat das Wort.

Die Bombenbelastung.

Die Entwicklung des Flugzeugwesens seit dem Kriege ist größer gewesen als während der vier Jahre Krieg selbst. Die zerstörende Kraft der Flugzeuge bis zum modernen Aeroplan ist so gewachsen, daß sie Bomben im Gewicht von vielen Tausenden von Hunderter von Meilen mitnehmen können. Admiral Sims sagte neulich in einer Rede, daß unser Generalstab jetzt eine Bombe von 10 Tausenden Gewicht konstruiert habe, die mehr als zweimal so schwer sei, als die gewichtigste Bombe, mit der man letztes Jahr Versuche gemacht habe, und zehnmal so schwer, als die schwerste Bombe aus dem letzten Kriege. Geschwindigkeit und Aktionsradius der Flugzeuge haben sich nahezu verdoppelt seit den letzten fünf Jahren. Im vorigen September machte einer unserer Flieger einen Flug von Florida nach San Diego in Kalifornien, also auf eine Entfernung von 2275 englischen Meilen, in 21 Stunden. Und nicht machten zwei Amerikaner einen Flug ohne Zwischenlandung mit Bomben an Bord. Es wurde eine Höhe von annähernd 40 000 Fuß erreicht. Ein amerikanisches Militärflugzeug Flug 243 Meilen in der Stunde, während ein anderes auf einer kurzen Strecke mindestens 248 Meilen in der Stunde erreichte. Während des Krieges waren 140 Meilen das Höchstmaß der erreichten Geschwindigkeit. Heute können viele Erzeugnisse der Flugindustrie 200 Meilen in der Stunde erreichen. Die Aus-dauer hat sich bis zu dem Grade entwickelt, daß zwei Amerikaner kürzlich über 36 Stunden in der Luft blieben. Die Möglichkeiten an Größe und Belastung sind enorm gewachsen. Frankreich ist führend in schweren, vielmotorigen Luftkreuzern, die schnell in Bombenflug-zeugen umgebaut werden können. Einige Staaten haben ein riesiges Flugzeugprogramm durchgeführt, trotz leerer Kassen und gesunkener Wäh-lungen.

Handelsflugzeug oder Kriegsfleger?

Luftstreitkräfte können nicht, wie Kriegsschiffe, nach Tonnage, Anzahl oder sonstigen Merkmalen beschränkt werden. Es ist letzten Endes unmöglich, zwischen Kriegs- und Handelsflug-zeugen zu unterscheiden. Keine Konferenz wird imstande sein, in einer Weise, die allen zusagt, die Stärke der Luftstreitkräfte für jeden Staat festzulegen. Keine Konferenz oder ihre Sach-verständigen können eine Grenze ziehen zwi-schen Kriegs- und Handelsflugzeugen. Denn wie Cap von, der berühmte italienische Konstru-teur, sagt: „Die Unterscheidung ist hauptsächlich eine solche des Anstrichs und der Abzeichen.“ Bombenflugzeuge müssen vier Hauptgesamtschaf-ten besitzen: Geschwindigkeit, Aktionsradius, Siegesfähigkeit und Belastungsmöglichkeit. Aber dieselben wesentlichen Eigenschaften sind bei den Handelsflugzeugen ebenso wichtig, mit Aus-nahme der Siegesfähigkeit. Junkers, Fokker und Caproni haben die feste Überzeugung, daß ihre Handelsflugzeuge in wirkliche Bomben-flugzeuge verwandelt werden können, und je-der, der den Feldzug in Frankreich mitgemacht hat, wird die zerstörerische Wirkung der Junkers- und Fokkermaschinen bestätigen. Die eu-ropeischen Regierungen, die wissen, wie leicht Handelsflugzeuge in Kriegsflugzeuge umgewan-delt werden können, haben sich große Flug-zeugwerke gebaut unter der Maske von staatlicher Unterstützung. Werden nicht ein-schränkende Bestimmungen durchgeführt gegen den Bombenabwurf auf Städte und auf Ge-biete, die nur von der Zivilbevölkerung bewohnt sind, so muß sich die Welt darauf gefaßt ma-chen, daß bei nächster Kriege Massenangriffe aus der Luft auf die am dichtesten besiedelten Städte stattfinden werden.

Buchdruckerstreik gegen die bayerische Pressezensur

Kürnberg 9. Juli. Wegen des Verbotes der hier erscheinenden „Frankfurter Tagespost“ ist das Personal der Nürnberger Zeitungen in einen Proteststreik getreten. Mit Ausnahme des Zentralblattes „Bayrische Volkszeitung“ erscheinen heute keine Nürnberger Zeitungen.

Der Riesenprozess gegen 68 Stuttgarter Metallarbeiter

Am Donnerstag hat in Stuttgart der Riesen-prozess gegen 68 Stuttgarter Metallarbeiter be-gonnen. Die Anklage lautet auf Landfriedens-bruch. Die Angeklagten haben während des Mo-natlichen Metallarbeiterstreiks im Frühjahr 1922 Streikposten gehalten. Zum Prozess sind von der Staatsanwaltschaft über 200 Zeugen, darunter etwa 150 Polizeibeamte und Epizel, geladen. Bis 6 Wochen soll der Prozess dauern. Bei der Vernehmung der Angeklagten am 1. Verhandlungstag brachten diese sämtlich zum Ausdruck, daß sie nie einen freiwilligen Handlung bewußt seien, und daß die hundertfachen Metallindustriellen, die den Arbeitern den Streikverbot rauben wollten, auf die Anklagebank gehören. Unter der Arbeiterchaft ist eine große Erregung gegen den jetztigen Justizstand in Stuttgart. Der Metallarbeiterprozess ist eine ungeheure Be-schuldigung der gesamten Arbeiterchaft. Die

Betriebe entsenden täglich Delegationen zum Justiz-minister, bekommen aber nur leere Versprechungen als Antwort.

Die gesamte deutsche Arbeiterklasse, insbesondere auch die gegenwärtig streikenden Berliner Metall-arbeiter haben mehr wie bisher ihr Augenmerk auf die Praxis der faschistischen Justiz in Württemberg zu legen. Die württembergische Arbeiterchaft hat jetzt ihre ganze Kraft zu konzentrieren, um ein-heitlich der Faschistenjustiz den Garaus zu machen unter der Losung: **Nieder mit der Klassenjustiz!** Heraus mit den proletarischen Klassenjustizopfern! Her mit der Amnestie!

Zwei Dollarkurse

Der „amtliche“ Dollarkurs in Berlin entpuppt sich als Farce. Die deutschen Volkswirtschaftler verlegen ihre Tätigkeit nach New York. Sie liefern Unsummen heroische Anstrengungen gegen die Markt-spekulation dem internationalen Gespött aus. Am Sonnabend wurde in New York der Dollar mit 228 571 Mark bezahlt. Am Sonnabend kostete in Berlin der Dollar „amtlich“ immer noch 178 000 Mark. Das ist ein Unterschied von 50 000 Mark zwischen New York und Berlin; ein Unterschied, der allen Dollarspekulanten, voran den Großbanken und Schmertapitalisten, ein paar Milliarden als Nebenverdienst abwirft. Der Berliner Kurs des Dollars ist ein Schein-kurs. Den wirtlichen auch für Deutschland, der Deutschlands Preise, der den Hunger der deutschen Arbeiter bestimmt, macht Stinnes in New York. Aber Stinnes und seine Kumpane haben Sach-werte, Produktionsmittel in Deutschland. Mit denen können sie nicht nach Amerika flüchten. Sie stehen dem Zugriff der Arbeiterchaft offen. Sie muß zupacken, die Sachwerte erfassen — und die Dollarspekulation hört auf.

Der Streit der Breslauer Zimmerer geht weiter

In der am 9. Juli stattgefundenen Versammlung der streikenden Zimmerer wurde mit 255 gegen 115 Stimmen die Weiterführung des Streiks beschlossen. Die Versammlung war nicht gewillt, als Saisonarbeiter den vom Bezirkslohnamt vorge-schlagenen Stundenlohn von 18 100 Mk. anzu-nehmen, da derselbe durch die Teuerung weit über-holt ist. Auch in der Breslauer Metallindustrie sind die Verhandlungen bis jetzt ergebnislos verlaufen. Es wurde der Schlichtungsausschuß an-gesprochen.

Aus der badischen SPD.

Vor einigen Tagen ging durch die SPD-Presse im ganzen Reich die Mitteilung, daß die kommunistische Ortsgruppe Dornheim in Baden mit 72 Mitgliedern geschlossen zur SPD übergetreten sei. Diese Meldung ist glatter Schwindel. Seit die paar Mitglieder, die früher dort eine Ortsgruppe bildeten, dem Renegaten Leut gefolgt sind, existiert in dem Ort über-haupt keine Ortsgruppe mehr. Die Sozialdemokraten müßten, um Recht zu haben, den Übertritt schon zwei Jahre zurückdatieren und die Zahl durch mindestens 10 dividieren. Dagegen wird uns aus Kirchbrombach im Oberrhein, Bezirk Baden, berichtet: Die hie-sige Ortsgruppe der SPD ist nach dem Referat eines kommunistischen Genossen ge-schlossen zur SPD unter Mitnahme des ge-samten Kolonats übergetreten. Nur die „Führer“ im Gemeinderat sind zurück-geblieben. Für die „Arbeiterzeitung“ wur-den bereits 27 Leser gewonnen. Das ist praktisch die Einheitsfront, verehrte SPD, und nicht oberflächliche Lügen, deren Falschheit leicht nachzutun ist.

Ein Schanddokument

berichtet unsere westdeutsche Presse von der Firma Boch u. Tillmann, Dortmund, daß diese ehrenwerten Kapitalisten an die Kri-minalpolizei absandten. Es werden darin zehn Arbeiter als gefährliche Kommunisten und Mit-glieder der proletarischen Hundertschaften de-manziert, die bei einem kommunistischen Auf-rühr eine Rolle gespielt hätten und gegen die die Polizei nunmehr unbedingt vorgehen solle. Es handelt sich nicht nur um die ver-logene Berichterstattung eines bezahlten Spindel-subjekts, sondern man erkennt hier auch klar, daß Hand-in-Hand-arbeiten des Unternehmertums mit den „republikanischen“ Behörden und der Polizei bei der Belämpfung und Nieder-brückung der Arbeiterchaft.

Die Männer der Sowjetrepublik

Moskau, 7. Juli. Die zweite Sitzung der Unions-Exekutive bestätigte die Verfassung der Sowjetregierung, welche sofort in Kraft tritt. Lenin ist ein-stimmig zum Vorsitzenden des Rates der Volks-kommissare gewählt worden. Zu Stellvertre-tern Lenins wurden gewählt: Kamenev, Rykow, Jurovsk, Schubar und Orachelashvili. Zu Volkskommissaren wurden gewählt: Dichtschew-zin (Aussärliges), Trotski (Krieg), Krassin (Außenhande), D e z i n s k i (Verkehr), Gaidnow (Post), Solominow (Finanzen), Anisichow (So-zialpolitik), Schmidt (Arbeit), Brjuzschow (Ber-bergorug) und Rykow als Vorsitzender des Volkswirtschaftsrates.

Wäre die Sache nicht so verteuert, ernst, so wäre sie mehr als heiler. Es ist klar, daß mit jedem Ansturm in der Richtung der Großen Revolution im Reich vorwärts gelichtet wird. Solche Konfusion von Regierungssite ist un-möglich.

Erst- und schwerster Fall. Wie lange wird die Reaktion noch die Entwertung Blut-Fleisch-ners und die exemplarische Bestrafung aller für verregenes Arbeiterblut Verantwortlichen hinaus ziehen? In diesem Punkt gibt es für die Kommunistische Partei nur ein Entweder — Oder! Unsere sächsischen Genossen sind ver-sichert, unter allen Umständen auf einer ein-heitlichen proletarischen Politik in Sachsen zu leben und gegenüber allen Abweichungen mit nachschärfster Schärfe aufzutreten.

Über den Interessen und Mandat der Reigner-Regierung steht das Interesse des säch-sischen und deutschen Proletariats, für das eine links drapierte Koalitionspolitik noch verberb-licher und noch entwerter wäre, als die sächsische Politik, die den Koalitionstempel offen auf der Stirn trägt.

Berzweiflungsunruhen in Nowawes

Dem Montag-„Vorwärts“ wird aus Nowawes gemeldet:

Seit heute vormittag steht Nowawes im Zeichen großer Lebensmittelunruhen. Eine tau-sendköpfige Menge drang auf den Wochenmarkt in die Schlächterstände ein und zwang die Schlächter, Fleisch, das zu 40 000 Mark angebo-ten wurde, zu 10 000 Mark an das Publi-kum zu verkaufen. Gegen 11 Uhr wurde Potsdam um polizeilichen Schutz an-gesprochen und es wurden zwei Hundertschaften entsandt. Die Menge zieht von Geschäft zu Geschäft und fordert dort, Butter, Obst, Mehl und Kar-toffeln nach den vorgeschriebenen Preisen zu verkaufen. Das Buttergeschäft von Prestow mußte die Butter mit 10 000 Mark ver-kaufen. Augenblicklich zieht die Menge durch die Straßen. Sämtliche Lebensmittel-, Möbel- und Goldwarengeschäfte sind geschlossen.

Sazu meldet heute WSB:

Nach den Lebensmittelraballen am gestrigen Vormittag ist die Lage in Nowawes bei Pots-dam durch das Erscheinen einiger 100 Mann Schußpolizei ruhig. Es kam zwar auf den Stra-ßen hier und da noch zu Ansammlungen vor Lebensmittelgeschäften, jedoch wurden durch zahlreiche Patrouillen der Polizei weitere Aus-schreitungen verhindert. In Verhandlungen er-läuteten die Gewerkschaftsvertreter, dafür zu sorgen, daß, wenn keine Wucherpreise ver-langen würden, die Summe sich nicht wieder-holen würden.

Wo wieder das bewährte Mittel: Waffen-gebrauch soll das hungerrnde Volk satt machen. Man sieht, wie notwendig es ist, daß die Be-völkerung, schleunigst Kontrollausschüsse gegen den Wucher bildet. Gewerkschaften hat viele Ausschüsse für vogelfrei erklärt, sie wurden kürzlich in Berlin verhaftet. Democh ist die Schaffung von Kontrollausschüssen unumgän-glich notwendig, zumal unorganisierte Aktionä-re der Schwere und faschistischen Proletariats-leute den Vorwand für ein Blutbad abgeben können. Das Barometer steht auf Sturm! Ist es ein Wunder, daß die hungernde Arbeiter-chaft unter der Teuerung und dem Wucher zu-sammenbricht und zu Berzweiflungsakten greift? Derigeas geht aus der Meldung des „Vor-wärts“ hervor, daß die Bevölkerung von No-wawes bei ihrer Verbilligungsaktion im all-gemeinen Disziplin und Ordnung gezeigt hat.

Ein neues Schandstück Görings

3-tägig, der Arbeiterblättern vom März 1921 in Pritz-Busch, hat einen neuen Schand-stück gegen die Arbeiterbewegung verübt. Am 8. Juli soll auf Beschluß des Nationalen Genossen-schaftsbundes in ganz Europa für die Gewerkschaften geschlossen werden. Der Konsumverein in Halle beantragte zu diesem Zweck Aufhebung des Konsumationsverbots für den 8. Juli. Göring lehnte ab mit der Begründung, die halleschen Arbeiter müßten erst noch erzogen werden, ehe sie demonstrieren dürften. Der hallesche Konsum-verein mußte auf seinen Antrag verzichten.

Für denselben 8. Juli erlaubte Göring einen 2-tägigen Konsum in Pritz-Busch. Konsum gegen die Arbeiterchaft, Begünstigung der gegenrevolutionären Verbände — das ist die Politik der sozialdemokratischen Minister, Ober-präsidenten und Polizeipräsidenten von Eberling, über Rostke, Göring bis zu Richter.

Konzepte für Marty — und die Sozialisten

Paris, 8. Juli. Eine Reihe der Regierung maßgebender Blätter stellt in bekümmertem Form in Aussicht, daß der Marineminister ein Marty, der wegen Teilnahme an der Marinemiliz bei der Schwere-keit zu einer Freiheitsstrafe verurteilt wurde und in der französischen Wahlpolitik eine große Rolle gespielt hat, vom 14. Juli, dem Nationalfest, be-freigt werden wird. Unter denjenigen, die bei zu erlassenden Konzepte teilhaftig werden sollen, würden sich auch die sozialistischen Genossen Marty und Marty, der zu drei Monaten Gefängnis verurteilt wurde, befinden.

Der Faschismus, wir und die deutschen Sozialdemokraten

Von Karl Radek

Moskau, 2. Juli 1923.

Meine Rede über Schlageter hat natürlich bei der „Zeit“, dem Organe der Deutschen Volkspartei, und bei der „Völkischen Zeitung“ sehr unangenehme Empfindungen hervorgerufen. Die „Zeit“ warnt die Faschisten, sich von mir nicht einfangen zu lassen. Ich kann es ihr nachempfinden. Wenn die Herren von der Volkspartei nicht imstande sein werden, die nationalen Gefühle der kleinbürgerlichen Massen politisch auszubilden, so wird das deutsche Kapital nicht imstande sein, das deutsche Proletariat und das deutsche Kleinbürgertum ökonomisch auszubeuten. Jeder noch so schüchlerne Versuch der Aufklärung der kleinbürgerlichen nationalistischen Massen, daß sie nur politisches Kanonenfutter für das Großkapital sind, das sie tagtäglich plündert, ist natürlich ein Schlag gegen die Brotgeber der „Zeit“. Der jüdisch-russische Kommerzienrat Wittwin, für dessen Geld die „Zeit“ erscheint, ist natürlich samt seinem Geldschrank ein nationales Nährmilch-nicht-an. Und wenn ein russischer Kommunist den kleinbürgerlichen nationalistischen Massen sagt, von wem sie mißbraucht werden, so ist es klar, daß sich Herr Wittwin wehren muß gegen eine solche Einmischung russischer Kommunisten in die Angelegenheiten seines urdeutschen Geldschrankes. Auch die „Völkische Zeitung“ ist unzufrieden. Sie ist besorgt um den Rapallovertrag, der unter solchen Einmischungen meinerseits leidet. Wir werden mit dem Wittwinverlag in eine Diskussion über die besten Wege zur Ausführung des Rapallovertrages eintreten an dem Tage, an dem der Wittwinverlag aufhört, die „Ruf“ herauszugeben, das Organ der russischen Konterrevolutionäre, das öffentlich unter dem Schutze des Rapallovertrages sogar den terroristischen Banditen von der Art des Mörders Worowskij seinen Segen erteilt. Heute wollen wir uns mit dem braven „Vorwärts“ unterhalten, der aus Anlaß meiner Rede einen fulminanten Artikel brachte unter dem Titel: „Der neue Nationalheld, Radek feiert Schlageter.“ Zuerst aber mögen ein paar Späße des braven Organs für die völkischfreiende deutsche Sozialdemokratie erledigt werden. Auf wessen Dummheit spekuliert der „Vorwärts“, wenn er schreibt, ich feiere Schlageter als den Nationalhelden Deutschlands. Ich habe Schlageter einen „Wanderer ins Nichts“ genannt. Ich habe ihn unehren Klassenfeind genannt. Das unterschlägt der „Vorwärts“. Aber der „Vorwärts“ selbst titelt die Stelle, in der ich Schlageter einen „Soldaten der Konterrevolution“ nenne. Seit wann feiern die Kommunisten die Konterrevolution? Wenn der „Vorwärts“ also lügen will, so soll er es doch etwas schlauer anstellen, denn so dumm zu sein, verbietet sogar die preussische Volkzeit. Und wie steht es mit den „Komplimenten“, die ich Schlageter gemacht habe, indem ich ihn einen „mutigen Soldaten der Konterrevolution“ nannte? Es steht sehr einfach damit. Ich habe immer menschliche Achtung für jeden, der für seine Idee sein Leben einsetzt, mag es auch mein Klassengegner sein, den ich bis aufs äußerste bekämpfen werde. Ich habe dagegen das Gegenteil der Achtung für Leute, die weder für die Revolution noch für die Konterrevolution ihre Persönlichkeit einzusetzen wagen und die nur wie alte Weiber zu heulen verstehen. Nun aber von den Späßen des „Vorwärts“ zur Politik.

Der Faschismus ist eine große Gefahr, sie ist vielleicht größer, als es die Herren vom „Vorwärts“ ahnen, die schon mehrmals bewiesen haben, wie schlecht sie zu rechnen verstehen. Haben sie sich nicht durch Rapp überumpeln lassen? Haben sie nicht nach der Ermordung Erzbergers, nach der Ermordung Rathenau's jeden Beginn eines neuen Kampfes gegen die faschistische Gefahr zunichte gemacht? Wenn also der „Vorwärts“ mit ihm die schon vollkommen auf den Hund gekommene „Leipziger Volkszeitung“ ans befehlet, man solle nicht „mit einer Idee lügen“ und „durch gutes Zureden an die politischen Gegner des Proletariats die faschistische Wölfe in zahme Lämmer zu verwandeln“ suchen, so lachen wir herzlich über den „Vorwärts“ und die „Leipzigerin“. Wer hat geglaubt, daß die Wölfe des Faschismus, wenn sie die Wälder der deutschen Demokratie abgrasen werden, sich in Lämmer verwandeln werden? War es nicht die deutsche Sozialdemokratie, die sogar ihren starken Mann, den Kasse, zum Hirten ernannt hat, damit er die Lüttwiger weide, und sie durch seiner Hölle Raute in Lämmer ver-

wandle? Es kam anders. Sie haben ihn in die Wade gebissen und ihm schier den Kopf abgerissen, der sich bei ihm in jenen Regionen befindet. Haben die Sozialdemokraten irgend etwas aus dieser Erfahrung gelernt? Nicht und aber nichts! Der beste Beweis dafür ist, daß sie sich bis heute gegen die Bildung der gemeinsamen Hunderttausenden der Proletarier wehren, die allein imstande sein würden, den faschistischen Banden Widerstand zu leisten. Und wenn die Partei, deren Beauftragter — der preussische Innenminister Severing — die proletarischen Hunderttausenden verbietet, uns belehrt über die Notwendigkeit des Kampfes gegen den Faschismus, so machen sich die Herren Stampfer, Stein und Reuter nur lächerlich.

Die Kommunistische Partei ist die einzige Kraft, die den Abwehrkampf des Proletariats gegen die bewaffneten Banden der Faschisten organisiert und organisiert wird. Nur ist es lächerlich, anzunehmen, daß der Faschismus allein mit der Waffe in der Hand geschlagen werden kann. Man kann kleine Minderheitsbewegungen durch Regierungsterror niederwerfen, der nebenbei in Deutschland gegen die Faschisten schon aus dem einfachen Grunde unmöglich ist, weil der ganze deutsche Regierungsapparat von Faschisten durchsetzt ist oder mit ihnen sympathisiert. Aber selbst wenn die Severing und Weismann preussische Marats wären, so würde ihr Terror die faschistische Bewegung nicht umbringen. Der Faschismus ist eine politische Bewegung breiter Massen des proletarisierten Kleinbürgertums. Und wenn man ihn bekämpfen will, so muß man ihn politisch bekämpfen. Politisch kann man den Faschismus nur bekämpfen, wenn man erstens den breiten leidenden Massen des Kleinbürgertums die Augen darüber öffnet, wie ihre berechtigten Gefühle mißbraucht werden durch das Kapital, das nicht nur schuldig ist an ihrer wirtschaftlichen Not, sondern das auch schuldig ist an der nationalen Not Deutschlands. Zweitens kann man den Faschismus nur dadurch bekämpfen, daß man diesen kleinbürgerlichen Massen den richtigen Weg des Kampfes für ihre Interessen zeigt. Wogegen kämpfen sie? Sie kämpfen gegen das unerträgliche Elend, in das sie geraten sind, und sie kämpfen gegen die Verflattung Deutschlands durch den Versaillesvertrag. Hat die Arbeiterklasse sie in diesem Kampfe zu unterstützen? Sie hat die Pflicht, sie in ihrem Kampfe gegen die Verelendung zu unterstützen. Niemals war der Sozialismus nur ein Kampf um ein Stück Brot für die industriellen Arbeiter. Er suchte immer die geistige Fackel für alle Notleidenden zu sein. Hilft die Sozialdemokratie den leidenden geistigen Arbeitern, den großen leidenden Massen des Kleinbürgertums in materiellen Kampfe, zeigt sie ihnen den Ausweg aus der Lage, in der sie sich befinden? Sie tut es nicht, sie schimpft gegen die Demagogen, die die Not des Kleinbürgertums ausnützen, um es in die Arme des Großkapitals zu treiben. Aber sie ist nicht fähig, den kleinbürgerlichen Massen irgendeinen Ausweg zu zeigen, weil sie ihn selbst nicht weiß. Man kann ihnen nicht helfen auf dem Boden des Kapitalismus, und dieser Boden ist heilig für die Sozialdemokratie. Die Kommunistische Partei muß imstande sein, in den kleinbürgerlichen Massen den großen heiligen Glauben an die Möglichkeit der Überwindung der Not zu erwecken, in ihnen die Überzeugung zu erwecken, daß sie zusammen mit der Arbeiterklasse imstande sind, die Not zu überwinden und die Grundlagen für ein neues Leben in Deutschland zu schaffen. Wird die deutsche Arbeiterklasse nicht imstande sein, den großen kleinbürgerlichen Massen diesen Glauben beizubringen, so wird sie geschlagen werden oder wenigstens für lange Zeit ihren Sieg hinausschieben müssen.

Und haben wir die Pflicht, den Kampf gegen die Verflattung Deutschlands durch den Versaillesvertrag zu führen? Der „Vorwärts“ kann dies nicht leugnen. Wie wir aber diesen Kampf zu führen haben, darauf kann der „Vorwärts“ keine Antwort geben, denn er hat sie nicht. Wer heute berufen würde, den Massen einzureden, daß Wilson oder England den Versaillesvertrag abzuschaffen werden, den werden sie auslachen, und einen anderen Weg kennt der „Vorwärts“ nicht. Und einen anderen Weg kennt die deutsche Bourgeoisie nicht, die von der Erfüllungspolitik spricht. Auch

wir Kommunisten können uns nicht über die Tatsachen hinwegsetzen, wie es niemand kann. Und wir versprechen den Massen nicht, daß, wenn heute in Deutschland eine Arbeiterregierung kommt, sie imstande ist, im Handumdrehen von Deutschlands Schultern die Last von Versailles zu nehmen. Aber wir wissen, daß wir erstens versuchen würden, diese Last von den Schultern der Armen, der Arbeitenden zu nehmen, daß wir sie denen auslegen würden, die sie tragen können. Zweitens wissen wir auch, daß wir gegen den Versaillesvertrag kämpfen würden und kämpfen könnten, wie das russische Volk gekämpft hat und kämpft gegen die Versuche einer Verflattung. Die Arbeiterregierung würde nicht nur durch ihre bloße Existenz in anderen Ländern Kräfte auslösen, die ihr helfen würden, den Versaillesfrieden zu bekämpfen, sondern sie würde mutig, wenn notwendig, auch den bewaffneten Kampf gegen die Versaillesböge vorbereiten! Indem wir das offen den breiten kleinbürgerlichen Massen sagen, zeigen wir ihnen den Weg des Kampfes. Die Sozialdemokratie zeigt ihnen nur den Weg der Fuldung jedweder Schmach und jedweder Sklaverei, den sie nicht imstande ist, zu verhüllen durch pazifistische Phrasen. Pazifistische Phrasen im Munde der Vertreter eines unterjochten, zerstückelten Volkes sind eine Feigheit oder eine Lüge, die gegen sich alle gefunden Instinkte des Volkes erregen müssen. Gelingt es nicht, den kleinbürgerlichen Volksmassen das Vertrauen zu der Fähigkeit der Arbeiterklasse zu erwecken, das nationale Joch abzuschütteln, so werden diese Massen ein Instrument in der Hand der Hyänen des Schlachtfeldes, die ihre berechtigten nationalen Gefühle ausnützen zur Aufrichtung der Herrschaft der Reaktion in Deutschland, die Deutschland noch mehr in den Sumpf führen wird.

Eine der größten Freveltaten der deutschen Sozialdemokratie ist, daß sie jeden Glauben

an den Sozialismus, daß sie jeden Glauben an die Kraft der Volksmassen in ihnen zerstört. Die deutsche Sozialdemokratie ist eine der Hauptfaktoren des siegreichen Zuges der faschistischen Demagogie. In demselben Augenblicke, in dem diese Sozialisten den Sozialismus im Stiche gelassen haben, haben sie sich auch zu den Aposteln des nationalen Besorgens gemacht. Sie, die im Kriege aus Angst vor der Stärke der deutschen Bourgeoisie zu „Patrioten“ wurden und den imperialistischen Raub als Verleumdung des Vaterlandes darstellten, sie verdächtigen jetzt den wirklichen Kampf um die nationalen Rechte des deutschen Volkes als Nationalismus. Jetzt tun sie es aus Angst vor der Entente. Die Angstpatristen von gestern haben sich verwandelt in die Angstpatristen von heute, beide Mafis unter Verrat der direkten Aufgaben einer sozialistischen Arbeiterpartei, die breitesten Massen des Volks auf den richtigen Weg des Kampfes um ihre Interessen zu führen.

Die deutschen Kommunisten haben die Pflicht, wenn notwendig, mit der Waffe in der Hand gegen den faschistischen Umsturz zu kämpfen, der ein Unglück für die Arbeiterklasse, ein Unglück für Deutschland wäre. Aber gleichzeitig haben sie die Pflicht, alles zu tun, um die kleinbürgerlichen Elemente des Faschismus, die gegen ihre Verelendung und gegen die Verflattung Deutschlands kämpfen, zu überzeugen, daß der Kommunismus nicht ihr Feind, sondern der Stern ist, der ihnen den Weg des Sieges zeigt. Wenn die sozialdemokratische Presse diese unsere Arbeit beschimpft: wird als eine Anbiederung an den Faschismus, als ein Spiel mit dem Nationalismus, eine Bauernfängererei, so soll sie es nur ruhig tun, die Kommunisten werden diesen Weg weiterstreiten zu Fromm und Augen nicht nur des deutschen Volkes, sondern des internationalen Proletariats!

Clara Zetkin über den Faschismus in Italien

Aus dem Referat in der Erweiterten Exekutive

(Aus dem Referat in der Erweiterten Exekutive.)

In Italien war das Industriekapital nicht stark genug, nach Kriegsende die zerrüttete Wirtschaft wieder aufzubauen. Der Staat war außerstande und auch nicht gewillt, seine Macht und materielle Mittel für die Entwicklung des norditalienischen Industriekapitalismus einzusetzen. Im Staate waren das Agrarkapital und das kleine Finanzkapital ausschlaggebend. Die Schwerindustrie, die während des Krieges künstlich aufgepöppelt wurde, verfiel nach dem Kriege. Angehörige der Arbeiterklasse hat eingeseht. Die den Kriegsteilnehmern gegebenen Versprechungen konnten nicht gehalten werden.

Aus dieser revolutionären Situation heraus erfolgte im Sommer 1920 die Besetzung der Fabriken. Dabei zeigte sich, daß die subjektive Reife zur Revolution erst bei einer kleinen Minderheit des Proletariats vorhanden war und daß dessen Führer entweder die Revolution nicht wollten oder aber noch zu unerfahren und ungeschult waren, um den revolutionären Klassenkampf der Arbeiter vorwärts zu treiben. Die Fabriksbesetzung mußte deshalb mit einer großen Niederlage enden, anstatt daß sie zielbewußt ausgenutzt worden wäre zum Weiterstreifen der revolutionären Entwicklung. Die reformistischen Gewerkschaftsführer, wie die reformistischen Führer der Partei übten schmachvollen Verrat, aber es zeigte sich gleichzeitig, daß das Proletariat in seiner Gesamtheit weder den Willen noch die Erkenntnis hatte, der Revolution entgegen zu schreiten.

Trotz des reformistischen Einflusses waren im Proletariat Kräfte am Werke, die der Bourgeoisie unbekannt werden konnten. Die Gemeinderatswahlen, bei denen die Sozialisten ein Drittel der Gemeindevorkontrollen eroberten, waren ein Alarmsignal für die Bourgeoisie. Sie sah sich nach einer Macht um, das revolutionäre Proletariat niederzuschlagen. Erst in dieser Situation hat Mussolini mit seinen Faschisten Bedeutung gewonnen.

Nach der Niederlage des Proletariats bei der Fabriksbesetzung stieg die bis dahin geringe Zahl der Faschisten rasch auf tausend, und größere Massen enttäuschter Proletarier strömten Mussolini zu. Große Massen des Proletariats verfolgten dem Indifferentismus und Schwächen die Widerstandskraft gegen den Faschismus.

Die revolutionäre Phrasologie der Faschistenführer.

Die Ursache des damaligen Erfolges der Faschisten war, daß sie mit der Geste als revolutionäre Bewegung auftraten. Als Ziel

proklamierten sie den Kampf für die revolutionären Forderungen gegen die Sonderinteressen der verschiedenen Gesellschaftsklassen, die alten Machthaber, die lumpige Bourgeoisie, kurz gegen die Ausbeuter der Nation zu führen. Ihre Parole war: gegen alle Ausbeuter, also auch gegen die Bourgeoisie. Der Faschismus trat damals radikal auf, daß er die Entlassung aller politischen Gefangenen und die Abschaffung der italienischen Dynastie.

Aber Benito hitete sich, mit dem Faschismus aufzutreten. Hätte er es getan, so würde er die Macht des Proletariats gestärkt haben. Der Faschismus schien ihm das kleinere Übel. Er löste das Parlament auf, schrie für den Mai 1921 Neuwahlen aus und nahm die Faschisten in den Wahlblock der Ordnungsparteien auf. Dadurch erhielt der Faschismus einen starken Strom agrarischer Elemente von monarchistischer Gesinnung.

Zu jener Zeit versuchte Mussolini noch, an seinem Republikanismus festzuhalten und erklärte in einem Interview, daß die faschistische Fraktion an der ersten Sitzung der neuen italienischen Kammer wegen ihrer anti-monarchistischen Einstellung nicht teilnehmen könne. Kein Faschist könne rufen: „Es lebe der König.“ Diese Äußerung erzeugte eine Krise in der faschistischen Bewegung. Ihre Lösung sollte herbeigeführt werden durch die Konstituierung des Faschismus als stark zentralisierte Partei mit einer Parteileitung, die sich jedoch nur zur Hälfte aus Anhängern Mussolinis, zur Hälfte aus Vertretern des monarchistischen Flügels zusammensetzte.

Die faschistische Partei schuf einen doppelten Apparat, erstens um die Arbeiterklasse zu terrorisieren und zweitens zu terrorisieren. Zur Korruption der Arbeiterklasse wurden die faschistischen Gewerkschaften, die sog. nationalen Kooperationen, geschaffen, die Arbeiter und Unternehmer vereinigen. Um die Arbeiterklasse zu terrorisieren, wurden die Schwabber gebildet, die herausgewachsen waren aus den Straßepetitionen gegen ländliche und industrielle Arbeiterorganisationen.

Der Verrat der italienischen Reformisten beschwor eine neue große Niederlage des Proletariats herauf. Es war die Proklamierung eines nicht vorbereiteten und nicht organisierten Generalstreiks. Diese Niederlage emulsierte die Faschisten zum Staatsstreich.

Der Fehler der KP wiederum bestand vor allem darin, in dem Faschismus nur eine militärisch terroristische und nicht eine Massenbewegung mit tiefen sozialen Grundlagen zu sehen. Es muß ausdrücklich betont werden, daß bevor der Faschismus militärisch

er bereits politisch und ideologisch den Sieg über die Arbeiterbewegung errungen hätte.

Der Regierungsverfallismus.

Wirten wir, was der Faschismus nach der Eroberung der Staatsgewalt getan hat, um sein Scheiternsprogramm zu erfüllen, um seine Hoffnungen vom „Massenleben Staat“ zu verwirklichen. Er versprach ein neues und besseres Proportionalwahlrecht, auch volle politische Gleichberechtigung für die Frauen. Das neue Wahlrecht, das Mussolini will, ist in Wirklichkeit die schlimmste Verzerrung des Proporzsystems zugunsten der faschistischen Partei. Nach ihm sollen auf die absolute stärkste Partei zwei Drittel fallen. Nur eine kleine Schicht der bestehenden, kulturell hochentwickelten und sog. „kriegsbedingten“ Frauen sollen Wahlrecht und Wahlbeteiligung in den Gemeindevorständen erhalten. Von dem verprochenen Wirtschaftsparlament und der Nationalversammlung ist längst keine Rede mehr; von der Abschaffung des Senats, die der Faschismus förmlich versprochen hat, ebenfalls nicht.

Mit den Versprechungen auf sozialem Gebiet steht es ebenso. Die Faschisten hatten den Achtstundentag auf ihr Programm geschrieben, aber der Gesetzentwurf, der von ihnen eingebracht wurde, zeigt hundert Ausnahmen, fest und bestimmt, daß noch weitere gestattbar sind. So ist der Achtstundentag in Italien erlaubt. Auch aus der versprochenen Sicherung des Minimums für die industriellen wie landwirtschaftlichen Arbeiter wurde nichts. Durch die Vernichtung der Gewerkschaften können es sich die Unternehmer erlauben, Lohnreduzierungen von durchschnittlich 20 bis 30 Prozent, ja in einzelnen Fällen bis zu 50 und 60 Prozent durchzuführen. Der Faschismus versprach eine angemessene Alters- und Invalidenversicherung. In der Praxis sah das so aus, daß die 50 Millionen Lire, die für die Zwecke sozialer Fürsorge im Budget standen, von der faschistischen Regierung aus Sparsamkeitsgründen gestrichelt wurden. Den Arbeitern war verheißen worden, daß sie an der technischen Leitung der Betriebe beteiligt sein sollten, also Kontrolle der Produktion. Heute wird ein Gesetz erzwungen, das die Betriebsräte überhaupt aufhebt.

Die staatlichen Unternehmungen werden dem Privatkapital in die Hände gestellt. Das Programm der Faschisten forderte eine allgemein progressiv steigende Steuer auf das Kapital, die teilweise den Charakter einer Expropriation tragen sollte. Tatsächlich machte man das Gegenteil. Verschiedene Körperschaften wurden aufgehoben, u. a. die Automobilsteuer, weil sie angeblich die nationale Produktion hemmen und die Familie und das Eigentum zerstören. Die indirekten Steuern wurden erhöht, weil dadurch der inländische Konsum eingeschränkt und die Exportmöglichkeiten gebessert werden. Die Nominalität der Wertpapiere wurde aufgehoben, wodurch natürlich der Steuerhinterziehung Tür und Tor geöffnet wird.

Die Schulen wurden an den Kern ausgetrieben. Vor letztem Regierungsjahr forderte Mussolini, daß die Kriegsgewinne bis zu 85 Prozent dem Staat verfallen sollten. Im Parlament bestand eine Kommission zur Überprüfung der Kriegsgewinne. Sie sollte dem Parlament in aller Öffentlichkeit Bericht erstatten. Da diese Kommission Mussolinis Gehörern den Schwerindustriellen, un bequem geworden wäre, verfügte er, daß sie nur in der Beschlusform der Kommission etwas berichten würde, mit 6 Monaten Gefängnis bestraft werde.

Auch auf militärischem Gebiet hielt der Faschismus seine Versprechungen nicht ein. Das stehende Heer sollte abgeschafft und die zu schaffende Miliz auf die Landesverteidigung eingeschränkt. Die Ausbildungszeit erheblich verkürzt werden. In Wirklichkeit wurde die Dienstzeit des stehenden Heeres von 8 auf 18 Monate erhöht, was eine Erhöhung der bewaffneten Mannkraft von 250 000 auf mindestens 350 000 bedeutet. Die Guardia Regia, eine militärische Postkavallerie, wurde abgeschafft, weil sie für Mussolini zu demokratisch war. Dagegen wurde die Karabinerie von 65 000 auf 90 000 Mann vergrößert und sämtliche Postkavallerie wurden verboppelt. Die faschistischen Geschwader sind außerdem in eine nationale Miliz verwandelt worden, die nach den neuesten Angaben circa eine halbe Million zählen soll. Die sozialen und politischen Gegensätze werden in die Miliz hineingetragen und müssen schließlich zur Zerlegung des Faschismus führen.

Der Klassenkampf als Latengraber des Faschismus.

Wenn wir das Programm der Faschisten mit seiner Erfüllung vergleichen, so können wir schon heute den vollkommen ideologischen Zusammenbruch des Faschismus in Italien feststellen. Die Nation, deren Wohl alles unterliehen sein sollte, entpuppt sich als die kleine Clique der Schwerindustrie und darüber hinaus als die Bourgeoisie, der klassenlose Idealstaat als der skrupellose Bourgeois-Staat. Dem ideologischen Bankrott muß notwendigerweise auch der politische Bankrott folgen.

Der Faschismus ist außerstande, die sozialen Kräfte zusammenzuhalten mit deren Hilfe er an die Macht gelangt ist. Schon machen sich die größten Gegensätze bemerkbar. Es ist dem Faschismus bis jetzt nicht gelungen, sich die alte Bürokratie untertänig zu machen. Auch im Heere ergeben sich Reibungen zwischen den alten Berufsoffizieren und den zwischen den verschiedensten politischen Parteien neuen faschistischen Führern. Der Organismus wächst. Der Widerstand gegen den Faschismus wird im ganzen Lande stärker. Der Klassenkampf fängt an, selbst in den Reihen der Faschisten Wirkung zu werden.

Die Faschisten sind außerstande, die Versprechungen zu halten, die sie den Arbeitern in den faschistischen Gewerkschaften gegeben haben. Lohnreduzierungen und Entlassungen von Arbeitern sind an der Tagesordnung. So kommt es, daß die ersten Proteste gegen die faschistische Gewerkschaftspolitik aus den Reihen der gewerkschaftlichen Faschisten selbst kommen.

Die Arbeiter werden sich rasch wieder auf ihr Klasseninteresse und ihre Klassenpflicht zurückbesinnen. Wir dürfen den Faschismus nicht als eine einseitlich geschlossene Macht ansehen, an dem unsere Kraft abprallen wird. Es ist vielmehr ein Gebilde, das viele gegensätzliche Elemente umfaßt und sich von innen heraus zerlegen wird.

Aber es wäre außerordentlich gefährlich, wenn man meinen würde, daß dem ideologischen und politischen Verfall des Faschismus in Italien auch sofort der militärische Verfall folgen würde. Wir werden im Gegenteil damit rechnen müssen, daß sich der Faschismus mit allen terroristischen Mitteln an der Macht zu erhalten beschleunigt wird. Deshalb wird die revolutionäre italienische Arbeiterklasse noch auf schwere Kämpfe vorbereitet sein müssen. Es wäre verhängnisvoll, wenn wir diesem Auflösungsprozeß nur als Zuschauer betrautet würden. Es ist unsere Pflicht, diesen Prozeß mit allen Mitteln zu beschleunigen, und zwar nicht nur die Pflicht des italienischen Proletariats, sondern auch die Pflicht des internationalen Proletariats und ganz besonders des deutschen Proletariats.

gem Widerstand der Unternehmern, denn kein Vermittlungsvorschlag gut genug war, hatte man sich nach fünfständiger Verhandlung in Gegenwart der Anorganikerinnen soweit geeinigt, daß diese ihre Zustimmung in den Gewerkschaften erklärten. Freitag früh 7 1/2 Uhr sollten die Betriebe wieder gehen, aber die Arbeiterklasse hatte die Rechnung ohne den Schachmatt des Generaldirektors Dr. Frahne gemacht. Dieser saubere Herr erklärte, nachdem sich die Arbeiterklasse seinen Wünschen nicht gefügt hatte, auf Wiederaufnahme der Arbeit dieselbe als ausgesperrt. Eine abends stattgefundene Delegiertenversammlung, welche zu der Lage Stellung nahm, erklärte sich mit den ausgesperrten solidarisch. Die in Breslau stattfindenden Verhandlungen sollen die Klärung bringen. Jedenfalls ist die Arbeiterklasse Landeswärts bereit, dem Herrn zum Tanze aufzuspielen, wenn er es wünscht. Wir sind bereit!

Zentralverband der Zimmerer in Zrebitz

Am 1. Juli fand bei Grube unsere Vierteljahrsversammlung statt. Genosse Standke von der KPD aus Breslau, welcher zu dieser Versammlung erschienen war, hielt einen Vortrag über die wirtschaftliche Notlage und seine Ursachen. Es ist nicht allein der Krieg an unserem heutigen Elend schuld, sondern den größten Teil tragen die Kapitalisten aller Länder. Der Redner verurteilte in scharfen Worten die Politik der KPD, die uns durch „Ruhe“ und „Befonnenheit“ immer tiefer verelenden läßt. Einer von unseren Kartelldelegierten erstattete Bericht über die letzte Kartelltagung. Das Gewerkschaftsfest, welches am 8. Juli stattfinden sollte, wurde abgelehnt. Grund dazu bot die Erregung über den fallenden Bericht im „Volkstrom“ über die am 23. Juni hier stattgefundene öffentliche Versammlung der KPD. Die Versammlung verlangte, daß dieser Schwindelbericht von der KPD widerrufen wird, andernfalls dem Kartell die Beiträge gesperrt werden solange, bis dies geschieht. Auch wurde der Wohnungsstandal Rehmans (Genossenschaftssekretär im Konsumverein Vorwärts) scharf beurteilt. Weiter ist vom Kartellbericht noch zu erwähnen, daß der Kartellvorsitzende sein Amt als Vorsitzender niedergelegt hat. Schuld daran ist das eigenmächtige Handeln der hiesigen Führer der KPD, welche ganz einfach Versammlungen einberufen im Namen des Kartells, ohne den Vorsitzenden zu fragen oder zu benachrichtigen. Beschlossen wurde in unserer Versammlung, am 4. August unser Sommerfest in üblicher Weise zu feiern. Die Vorarbeiten dazu wurden einer Kommission übertragen. Der Vorsitzende rügte das Verhalten eines Voliers der Firma Jantke, welcher in gemeiner Weise gegen ihn zu Felde zieht. Eine Sammlung für den Kampffonds der KPD ergab den ansehnlichen Betrag von über 19 000 Mark. Der größte Teil der Versammlung trat als Rühmher in die Reihen der KPD ein. Um 12 1/2 Uhr schloß der Vorsitzende die lehrreiche Versammlung.

Betriebsräte-Vollversammlung

Eine von fast sämtlichen Landesweiter Betrieben beehrte Betriebsräte-Vollversammlung nahm nach Aussprache über die augenblicklichen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse nachfolgende Entschlüsse an, für deren Durchsetzung alle Betriebsräte sich verpflichten:

1. Zusammenfassung aller Industriegruppen zur Führung gemeinsamer Kämpfe zur Erreichung der Vorkriegsreallohn.
2. Errichtung von Kontrollausschüssen zur Kontrolle des Lebensmittelmarktes durch die organisierte Arbeiterkraft zur Bekämpfung des Hochpreises und der Hinterziehung von Waren.
3. Zur Abwehr der reaktionären Anschläge gegen Leben, Eigentum (siehe Münster) und Rechte des Proletariats Bildung proletarischer Abwehrorganisationen auf der Grundlage der Betriebsräte.
4. Abweisung der kapitalistischen Regierung sowie durch eine Arbeiterregierung.

Das Solidaritätsgefühl der Kollegen aus der Betriebswerkstatt Großschmied

Als bei dem letzten ober-schlesischen Bergarbeiterstreik die Härten- und Kohlenbarone einige Kollegen auf die Straße warfen, hat man sie an der Hand genommen, um die Härten der Kollegen nicht den Hunger preisgeben zu lassen. Als ich an einige Kollegen heranging, mit der Bitte, die gemahregten Kollegen zu unterstützen, und trotzdem ich ihnen erklärte, daß man das gleiche Schicksal erleiden würde, wenn man nicht treu sein würde, wurde mir die folgende Antwort gegeben: „Wir jammen für uns für eine Dose!“ Das war die Kol-

legen aus der Betriebswerkstatt Großschmied Solidarität. Auch ist es dasselbe mit den „Arbeiterzeitung“. Bei einer Begegnung von circa 300 Mann werden nur drei „Arbeiterzeitungen“ gelesen, aber was schlimmer ist, wenn ein Genosse über die Frühlingspause aus der „Arbeiterzeitung“ was vorliest, so ist man verärgert, daß man nächsten Tag bei der Verwaltung deswegen ein Protokoll hat. So steht die Arbeiterbewegung heute noch in Großschmied aus. Aber auch hier werden die Arbeiter durch den Hunger lernen, daß nur durch die Solidarität aller Arbeiter und in der Einigkeit gegenüber dem Unternehmertum die Lage der Arbeiter gebessert werden kann. P. M.

Vor einem Landarbeiterstreik in Ost-Polen

Nachdem die Arbeitgeber vor der letzten Lohnregulierung die Forderungen der Ortsgruppe des OAB im Kreise Gdansk (Gross) abgelehnt hatten, fanden in der vorigen Woche in Kiel zentrale Verhandlungen statt, zu denen die Landarbeiter Gdansk eine Delegation entsandte. Unter dem Druck der Kommission mußte der Gauleiter des OAB, die Forderungen in der Verhandlung vorlesen; bereiten hat er sie nicht.

Das „Ergebnis“ dieser Verhandlungen war, daß die Deputatarbeiter außer ihrem Deputat einen Stundenlohn von 500 Mark erhielten, die ständigen Freiarbeiter einen solchen von 2500 Mk., die verheirateten Frauen 1000 Mk. Die Knechte sollen erhalten: bis zu 18 Jahren monatlich 62 1/2 Mark, über 18 Jahre 112 000 bis 144 000 Mark, über 22 Jahre 144 000 bis 200 000 Mark.

Als Antwort auf diese skandalösen Sätze haben die Gdansk- und Kdansk-Landarbeiter ihren Arbeitgebern sofort ein Ultimatum bis Freitag, den 6. Juli, gestellt, die folgenden Forderungen zu erfüllen:

Deputatarbeiter ein Pfund Korn die Stunde ständige Freiarbeiter 3 Pfund, unständige vier Pfund, Pferdebesitzer 1 Pfund Korn pro Stunde. Das bedeutet Goldwährung der 20er, da ja auch die Agrarier Goldwährung für ihre Produkte bekommen. Werden diese Forderungen nicht erfüllt, so soll der Streik erklärt werden. Die Einstellung des OAB steht nicht zu den Landarbeitern.

Eine von 110 Delegierten besuchte Konferenz der Ortsvorstände des OAB und der Betriebsräte Ost-Polen schloß sich den Gdansk-Forderungen an.

Landarbeiter, unterstützt die Gdansk-Forderungen, Industriearbeiter, leitet die Kammerkassiererin für die Kollegen auf dem Lande, die in den Gebieten reichsten Ueberflusses kaum trocken Brot zu essen haben.

Parteiaufbau zu unsere Mitglieder!

Parteiern und Parteimitgliedern! Durch den Streik in Oberschlesien befinden sich noch eine große Anzahl von Opfern der Kapitalisten auf der Straße. Sie sind vollständig ihrer Existenz beraubt und dem Hunger ausgeliefert. Auf Veranlassung des Betriebsräteauschusses in Oberschlesien sind deshalb Sammellisten herausgegeben welche an alle Ortsgruppen Oberschlesiens und verschiedene Ortsgruppen Mittelschlesiens versandt wurden.

Wir fordern unsere Parteimitglieder auf, dafür Sorge zu tragen, daß diese Listen schnellstens zurückkommen und an die gegebene Adresse abgerechnet werden. Sie dürfen unter keinen Umständen liegen bleiben. Wir erwarten vielmehr, daß unsere Kommunisten sich dafür einsetzen, durch Sammlungen in den Betrieben dazu beitragen, die Not der Opfer des ober-schlesischen Streiks zu lindern. Auch die Orte, welche keine Sammellisten erhielten, wollen sich durch freiwillige Sammlungen beteiligen, und die Beiträge an uns absenden, damit wir sie dem Komitee überweisen können. Auf den Postabschnitten ist jedoch zu bemerken: „Für die Opfer des Streikes in Oberschlesien.“

Genossen! Die Not bei Euch ist unermesslich durch das schandwürdige kapitalistische System, unter dem wir alle leiden und um besser zu werden, durch Sammlungen in den Betrieben dazu beitragen, die Not der Opfer des ober-schlesischen Streiks zu lindern. Auch die Orte, welche keine Sammellisten erhielten, wollen sich durch freiwillige Sammlungen beteiligen, und die Beiträge an uns absenden, damit wir sie dem Komitee überweisen können. Auf den Postabschnitten ist jedoch zu bemerken: „Für die Opfer des Streikes in Oberschlesien.“

Eine große Anzahl von Ortsgruppen hat bis jetzt noch nicht über den Erfolg der Werbeweche berichtet, bezw. den Fragebogen der Zentrale eingekandt.

Wir fordern die säumigen Ortsgruppen auf, dies sofort nachzuholen, da wir der Zentrale schon in mühen. Ortsgruppen, die bis zum 15. Juli nicht berichtet haben, müssen wie öffentlich mahnen. Bezirksleitung der KPD. Gdansk.

Betrieb - Gewerkschaft

Gehaltsaufbesserung und Spekulation

Die Reallohne sinken von Tag zu Tag, es geht den Gehältern der Angestellten und Beamten nicht viel besser. Die Preise steigen fast ständig. Es gibt keine Rettung gegen dieses in-ferne Mißverhältnis als die Befestigung dieses Systems, das Ende der kapitalistischen Herrschaft. Kleinbürgerlich denkende Scharen, die längst proletarisiert sind, sind nun dem Spekulationskaumel verfallen und pflegen einen großen Teil ihrer Gehälter spekulativ anzulegen. Sie tun das nicht zum Vergnügen oder aus Gewinnsucht — aber sie kennen kein anderes Mittel, um sich bei dem Marktwort vor der völligen Selbstentwertung zu retten. Diesen Augen bringt es, jetzt in der Schulde für die zweite Hälfte des Monats oder, wie bei den Beamten, für die zweite Vierteljahrshälfte das Geld anzulegen. Die Kleinbürgerlich empfindenden Schichten, die keinen revolutionären Kampf gegen das Unternehmertum wagen, wissen nichts Besseres, als ihr Geld in Börsenspekulation zu stecken, deren Mechanik sie nicht kennen und über deren Natur sie im Unklaren sind. Sie schmeißen ihr Geld den Banken in den Rücken, die es zu hohen Zinsen dem Unternehmertum leihen. Die Angestellten und Beamten müssen sich klar sein, daß dieser Weg nicht der rechte zur Gehaltsaufbesserung ist — der wahre Weg geht nicht dort, wo der Tisch des Kapitalismus knirschend eintritt, der wahre Weg führt dem Kapital und seinen Methoden entgegen, der wahre Weg geht über Streik und Kampf.

Eine Demonstration der Eisen-Haus-Arbeiter

Seit Anfang vorigen Monats stehen die Dresdener Metallarbeiter in Lohnverhandlungen. Das bisherige Ergebnis ist: in der Woche vom 1. bis 2. Juli betrug der Spitzenlohn 1,20 Mark pro Stunde. Am 23. Juli

3,20 Mk. pro Stunde. Das Lohnabkommen ist mit dem Monat Juni abgeschlossen und neue Verhandlungen sollten nicht vor dem 10. Juli stattfinden. Die Erschöpfung unter der Metallarbeiterklasse ist groß, und kam zum Ausdruck in der Demonstration der Linde-Haus-Arbeiter am Samstag. Erregt über die Festschließungs- und Zauberkraft übten bereits am Sonntag einzelne Abteilungen im Werk passive Resistenz, woran um 1/2 Uhr das gesamte Werk die Arbeit niederlegte, und um eine Beschleunigung der Verhandlungen zu erringen, geschloßen zum Büro der Metallindustriellen Demonstration. Mit dem Kenntnis, daß bereits Montag früh die Verhandlungen stattfinden, und das Resultat sofort zur Geltung kommen unterbreitet wird, löste sich die Demonstration auf.

Es ist höchste Zeit, daß die Metallarbeiter mit dieser Zauberkraft und Festschließungsproben aufhören, und mit allem Eifer daran gehen, bessere Löhne zu erzwingen. Dazu gehört aber, daß sie nicht wie bisher, alles den Spitzen überlassen, sondern selbst mehr auf den Plan treten.

Unternehmerterror in Landeshut

Nach einer Gehirngeschwulst der Betriebsräte zu den Unorganisierten wurde beschlossen, mit den Unternehmern zu verhandeln, um die Gehaltsaufbesserung. Die Unorganisierten, reichlich nur bei der Firma J. Kniebel A.-B. und J. B. Schmalz in Frage kamen, wurden von den Betriebsräten der Firma Kniebel, Direktor Kniebel und Ingenieur Wagner, auf das stärkste unterbreitet. Es gelangte hier es noch nicht, sondern die gewerkschaftlich Organisierten hatten sich des Spotts der Unorganisierten zu tragen. Das brach am Donnerstag, den 5. Juli, dem Tag des Bodens aus, und die Arbeiter aller Betriebe die waren in hohem Maße durch das ausser Achtlassen

Genosse und Genossin werbe eifrig für dein Partei-Organ.

Das Programm der Arbeitslosen in Barmen

Die immer weiter um sich greifende Zerrüttung der kapitalistischen Wirtschaft hat in einzelnen Ländern ein unerhörtes Anwachsen der Arbeitslosigkeit zur Folge. In Deutschland wird dieser Zustand besonders durch das Ruhrgebiet der französischen Imperialisten hervorgerufen.

Die Folge der immer weiter um sich greifenden Arbeitslosigkeit ist eine grenzenlose Verelendung des davon betroffenen Teiles des Proletariats. Es wäre grundfalsch, das Problem der Arbeitslosigkeit besonders von den anderen proletarischen Problemen zu behandeln, da die Arbeitslosigkeit eine Begleiterscheinung des Kapitalismus ist.

2. **Ausgehend von dieser Tatsache erklären die Vertreter der Arbeitslosen folgendes:**

Die organisatorische Zusammenfassung der Arbeitslosen ist grundsätzlich Aufgabe der Gewerkschaften. Diese haben die Zusammenfassung der Arbeitslosen und Hilfsarbeiter zur Vertretung der aus ihrer besonderen Lage sich ergebenden Interessen so zu betreiben, daß der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit von der gesamten Mitgliederklasse als notwendig erkannt wird, nicht nur im Interesse der Arbeitslosen selbst, sondern im Klasseninteresse der gesamten Arbeiterschaft.

Die organisatorische Erfassung der Arbeitslosen und Rettung der Gewerkschaften darf sich nicht auf die Gewerkschaftsmittglieder beschränken, sondern muß unter allen Umständen auf die Unorganisierten in vollem Umfange ausgedehnt werden. Nur so kann die Arbeiterschaft sich den gefährlichen Einflüssen des Faschismus sowie den verlockenden Versprechungen des französischen Imperialismus entziehen.

Die Arbeitslosen sind von den einzelnen betrieblichen Stellen der Verbände zusammengeführt. Aus den Gewerkschaftsräten der einzelnen Betriebsstellen wird ein örtlicher Gewerkschaftsrat gewählt, in Anlehnung an das Ortskartell des ADGB und der IFA. Weiter muß, entsprechend dem Organisationsmodus des ADGB, die Zusammenfassung in Bezirken in den Ländern und im Reich hergestellt werden.

Wir fordern, daß in allen Orts-, Bezirks- und Zentralstellen der Gewerkschaften und der freigewerkschaftlichen Betriebsräteorganisationen der Vertreter der Arbeitslosen Sitz und Stimme erlangen wird.

Alle Fragen der Arbeitslosenbewegung sind durch die Gewerkschaften berechtigt mit den Gewerkschaftsräten und Betriebsräten zu lösen. Überdies haben die Gewerkschaftsräte mit allen örtlichen proletarischen Organisationen Hand in Hand zu arbeiten.

Die Gewerkschaftsräte müssen die Arbeitsnachweise kontrollieren.

Den Gewerkschaftsräten muß die Vertretung der Arbeitslosen den Kommunen und den staatlichen Behörden gegenüber obliegen. Die Anerkennung des örtlichen Gewerkschaftsausschusses

durch die Behörden muß überall mit Hilfe der Gewerkschaften durchgeführt werden.

In die Körperkassen der Arbeitslosenfürsorge und der kommunalen sozialen Fürsorge sind die Vertreter der Arbeitslosen und der Gewerkschaften mit Stimmrecht aufzunehmen.

Bei allen Beratungen über Arbeitslosenfragen in den gesetzgebenden Körperkassen des Reiches, der Länder und der Kommunen verlangen wir die Eingliederung der Arbeitslosenvertreter.

Das Problem der Arbeitslosigkeit ist innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftslösung nicht zu lösen. Diese Tatsache legt nicht voraus, daß sich die Arbeiterklasse nicht mit diesen Problemen befassen muß, sondern es ist die Aufgabe des gesamten Proletariats, dafür zu sorgen, daß der Staat und die Kommunen angehalten werden, das Recht auf Arbeit jedem einzelnen zu garantieren. Deshalb fordern die Vertreter der Arbeitslosen:

- I. Arbeit**
 1. Jeder Unternehmer muß durch staatliche Instanzen gezwungen werden, auf je 100 Arbeiter einen Arbeitslosen bei Zahlung des Lohnes einzustellen.
 2. Kurzarbeit und Entlassungen in einzelnen Betrieben müssen verhindert werden. Bei eintretendem Arbeitsmangel in einer Industrie müssen die Unternehmer durch die Betriebsräte und die Arbeiterschaft gezwungen werden, die vorhandenen Aufträge auf alle Betriebe zu verteilen. Die Arbeitslosigkeit ist in der ganzen Industrie gleichmäßig zu verzerren unter Weiterzahlung des vollen Lohnes. In erster Linie ist die Arbeitslosigkeit in den Betrieben mit mehreren Schichten zu verzerren, so daß die Einstellung einer weiteren Schicht möglich ist.
 3. Sofortige Inangriffnahme von öffentlichen Arbeiten durch die Städte und Kommunen in eigener Regie. (Straßenbau usw.) Einziehung der Arbeitslosen nach ihren beruflichen und körperlichen Eignungen.

- II. Löhne**
 1. Die Entschädigung der Notstandsarbeiter und Arbeitslosen hat nach den für die einzelnen Gewerkschaften zuständigen Tarifen zu erfolgen.
 2. Bei Notstandsarbeiten ist zur Arbeit notwendige Arbeitskleidung sowie Arbeitsgerät von den Arbeitgebern zu stellen oder zu entschädigen.
 3. Weibliche und jugendliche Arbeitslose müssen die gleiche Unterstützung wie die männlichen erhalten.
 4. Solange nicht der volle Lohn gezahlt wird, Erleichterung der Lage der Arbeitslosen durch Beschaffung verbilligter Nahrung, Kleidung, Heizung und Beleuchtung, Einrichtung von Wärmehallen, Wäshen, einwandfreien Spielplätzen durch Staat und Kommune. Schulpeinung für die Kinder der Arbeitslosen, Einrichtung rüchständiger

Was- und Elektrizitätsrechnungen bei Arbeitslosen.

5. Um der gegenwärtig bestehenden Not zu steuern, fordern die Vertreter der Arbeitslosen die sofortige Auszahlung von 150 000 Mark für verheiratete und 100 000 Mark für ledige Arbeitslose.

Da die Arbeitslosen Unterstützung von den Gewerkschaften fordern, ist die Forderung entzogen, daß die Gewerkschaften keine Unterstützungsbewegungen gegen die Auswüchse des Kapitalismus sind, sondern Organe des Kampfes für dessen Beseitigung.

Achtung! Kommunistische Betriebsräte.

Heute Dienstag, den 10. Juli, abends 7 Uhr findet Nikolaistraße 40/50 eine

wichtige Volkskundung

der kommunistischen Betriebsräte Breslaus statt. Jeder KPD-Betriebsrat muß erscheinen.

Jede Entlassung muß mit allen verfügbaren Mitteln verhindert werden. Niemand darf als Betriebsrat keine Zustimmung für Entlassungen geben.

Auch bei verheirateten Frauen — Doppelverdienst — darf die Zustimmung zur Entlassung nicht gegeben werden. Solche Frauen arbeiten deshalb, weil der Lohn des Mannes nicht zum Leben reicht. Das Elend wird durch ihre Entlassung keineswegs gemildert. Maßgebend für eine Bereitwilligkeit, Frauenentlassungen zuzustimmen kann auch nicht die allgemeine Stellung der Frau im Betrieb als Lohnarbeiterin sein. Gegen diese kämpfen wir unter der Losung: Gleicher Lohn für gleiche Leistung. Nach der Entlassung aus einem industriellen Betrieb besteht die Frau gewöhnlich der Heimarbeit und wird noch weit mehr als vorher als Schicksalsopfer ausgenutzt.

Der Kongress der Gewerkschaften fordert das gesamte Proletariat auf, die große Bedeutung des Arbeitslosenproblems zu erkennen und verpflichtet es, für die Durchführung dieses Programms mit allen Mitteln einzutreten.

*) Der seitdem eingetretenen Markentwertung entsprechend hat der Zentralrat anstelle der Forderung von 100 000 Mark die Forderung von 500 000 Mark Feuerungszulage aufgestellt.

Parteiaufbau Filmvorführungen

Von einer großen Anzahl von Ortsgruppen wurde an uns der Antrag gestellt, bei ihnen noch die Ausland-Filme vorzuführen. Wir haben uns deshalb mit dem Reichskomitee der Arbeiterhilfe in Verbindung gesetzt, um eine Verlängerung der Film-Launee zu erreichen. Dies wurde deshalb abgelehnt, weil die Filme bereits vom 16. Juli ab für Pommern zur Verfügung stehen. Wir müssen deshalb alle diesbezüglichen Anträge ablehnen. Wir werden uns jedoch bemühen, für später noch einmal eine Film-Launee zu veranstalten und werden dann diese Ortsgruppen mit Berücksichtigung

Von allen Ortsgruppen jedoch, in denen die Filmvorführung stattfand, ist uns sofort ein schriftlicher Bericht einzuwenden, auch müssen die Abrechnungen unverzüglich fertiggestellt und an uns eingekandt werden. Wir müssen den Zentralkomitee berichten. Auch die eingegangenen Gelder dürfen nicht in den Ortsgruppen liegen bleiben, sondern sind nach Abzug aller Unkosten restlos an unser Postkonto Alfred Oeffner, Breslau Nr. 5884 mit dem Vermerk: „Film-Launee“ einzuliefern, da die Beträge zum Decken der von der Hungernot betroffenen Wägen in dem deutschen Kinderheim in Smolnow in Sowjetrußland dienen.

Die Bezirksleitung KPD, Schlesien

Aus Breslau

Die „Volksmacht“ in Angeln

In ihrer letzten Nummer winkelt die „Volksmacht“ gegen die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“, weil sie wieder einmal der Boden zu heiß wird. Sie winkelt in solchen Fällen stets Rede und Antwort zu stehen der Arbeiterschaft, Auge in Auge in Versammlungen usw. Ist diese Gesellschaft zu feig, um so frecher aber ist sie in den Redaktionsverbänden. Nur weil wir diese Menschen zwingen wollen und zwingen werden den Beweis ihrer niederträchtigen Verleumdungen anzutreten, nur weil wir sie herabziehen aus ihren sicheren Stuben und sie vor dem von ihnen anerkannten Gericht als elende Verleumder entlarven, deshalb jähren sie.

Die „Volksmacht“ hatte sich befaßt mit ihrem Neid zu der lächerlichen Behauptung befestigt, die KPD, Schlesien habe zum Aufheben ihrer Genossenschaft Gelder von der Reaktion bezogen. Diese Behauptung glaubte die „Volksmacht“, die heute wegen ihres ebenso wackelhaften wie politischen Versumpfung nur noch vom Oroschpital getragen wird, als Abwehrmittel gegen die kommunistische Bewegung benutzen zu dürfen. Wir reichen Klage ein und wurden abgewiesen. Angeichts unserer beantragten Berufung und dem jetzt festgelegten Gerichtstermin bekommen es diese Wesen wieder mit der Angst zu tun.

Wir lassen uns jedoch durch kein Argument der „Volksmacht“, das tausendmal zu unseren Gunsten widerlegt werden kann, beeinflussen, sondern wir werden mit Nachdruck gerade diese Angelegenheit zur Durchführung bringen. Ob das jenen Leuten in der Flurstraße in den Kram paßt, kann uns wenig kümmern; für uns handelt es sich darum, der schlechten Arbeiterschaft die gemeinen Methoden der „Volksmacht“ gegenüber der revolutionären Arbeiterschaft zu enthüllen.

Achtung, Kommunistische Metallarbeiter!

Die KPD hat für heute abend ihre Fraktion im DMB zusammengestellt, um sie für die morgige Metallarbeiterversammlung einzufangen. Die KPD-Fraktion des DMB will die morgige Metallarbeiterversammlung mit allen Mitteln majorisieren, deshalb werden bereits jetzt organisatorische Vorarbeiten getroffen.

Die KPD-Mitglieder des DMB müssen deshalb am Mittwoch restlos in der Versammlung erscheinen, um den beabsichtigten Vor-

Das Malakoll der Tola

Roman von Concha Espina

Stillos, von Sehnsucht getrieben, kauft sie ihrer eigenen Stimme nach, strauchelt, fällt, verliert sich die Hände.

Sie schleppt sich durch den Gang wie eine Schnecke, als sich eilige Schritte nähern. Aurora erhebt sich, einer neuen Gefahr gewärtig, drückt sich gegen die Wand in dem Wunsch, sich zu verstecken, und erblickt den Schein eines Lichts, das sich nähert und dann stillsteht. Ein junger Mann trägt es, fast noch ein Knabe, ein Steinläufer, der mit Spinnweben und Doppelstiphammer beladen ist. Er ist sehr schmutzig und auer' Alem, hat glatte Wangen, vorstehende Schläfen und freundliche Augen, mit denen er verwirrt und überrascht das Mädchen betrachtet, das er offenbar für ein Trugbild seiner Phantasie hält.

Wie er sie dort ängstlich lauern sieht, hält er sie für ein Kind und fragt erstaunt:

„Hast du gerufen?“

„Ja, ich rief nach Gabriel... Gabriel Suarez, einem Bergmann...“

„Ah, der Schmelzer, der immer so traurig ist, den sie einen Anarchisten schimpfen?“

„Ja, den!“

„Ist das dein Bruder?“

„Ja, mein Bruder!“ wiederholt Aurora mit inbrünstiger Überzeugung.

„Der ist nicht mehr hier.“

„Nicht mehr hier...?“

„Wohin?“

„Wie spät ist es?“ stammelt das Mädchen, dem der Sinn für Zeit und Entfernung abhandeln gekommen war und das das verhängnisvolle Schiff vielleicht noch erreichen zu können glaubt.

„Zeit zum Ausfahren“, erwidert der Bursche, dem es zum Bewußtsein kommt, daß er sich verspätet hat. Und, noch immer unter dem Eindruck des Erstaunens, sagt er:

„Aber wie bist du in den Schacht heruntergekommen?“

„Oh, Erlaubnis, durch einen ganz schwarzen Schlund.“

„Und ohne Laterne?“

„Mit einem Grubenlicht, wie du eins hast. Ich habe es an einem Fingerring gelassen.“

„Da bist du gewesen?“

„Ja, da bin ich gewesen...“

Sie sprechen mit gedämpfter Stimme, wie in einem Traum, benommen von der Seltsamkeit des Augenblicks, der ihnen unwillkürlich erscheint.

„Komm jetzt mit“, sagt der Knabe mit raschem Entschluß. „Wir müssen laufen, weil hier gleich geprengt werden wird.“

Sie nehmen einander an der Hand und eilen in Sprüngen zurück, schwer atmend und stumm. Aurora hält die Laterne, während ihr Begleiter das Werkzeug trägt. Die Luft wird dünner hier, wo der Weg nur von einer Wand begrenzt ist und offen über der Höhle des Bergwerks dahinfließt. Die ganze Verastelung der Minenwege ist jetzt von Gerölle erfüllt, und plätschernd erschallen von allen Seiten dumpfe Schritte. Laternen tauchen wie Sterne aus dem Dunkel und läuschen das Bild eines Lichtfestes von Gais vor; es sind die Bergleute, die vor der Explosion Schutz suchen und das Steinfeld mit klopfenden Beuhtätern beladen.

Die dunkle Höhlung des Berges ist von Lichtern umfängt, die sich aneinander reißen wie die Glieder einer Kette. Ein Sonnengetöse rollt wild durch die Gänge, und in der dümmrigen Ferne prasselt schaurig die Felsdecke herab.

Es scheint, daß das Stürzen der Steine die roten Funken in der fürchterlichen Nacht des Schachtes zum Bersten bringt, denn sie verwinden, einer nach dem andern unter dem

Geheul der Explosion, während die Furchigen über Felsen, über Spalten hinweg, an einem Tunnel ankommen, dessen Mündung im Sonnenlicht wie in Flammen steht.

Aurora und der Knabe treten mit den Gruppen der Arbeiter ans Tageslicht, und der junge Mann führt sie zu einem Aufseher, den sie mit einem letzten Reiz von Hoffnung nach Gabriel Suarez fragt.

„Der ist gestern abend fortgegangen“, erwidert jener, er würde heute morgen in Zamora an Bord eines englischen Schiffes gehen.“

Das Mädchen hört ein paar rote Wimper dreizehn Worte, freies Lachen. Die e M n nerhorde läßt ihre Brutalität mit dem unerschütterlichen Eifer völliger Unbesonnenheit durchblicken. Es ist ja Feierabend, die Stunde der Freiheit, wo man lachen und sich einer Frau nähern darf, wenn sich die Geloggenheit bietet!

Brandend und wolklos steht der Mittag im Raum; die Linien der glühenden Landschaften sind in hellem Glanz; auf der anderen Seite des Berges murren das Meer sein wotiges Geheul.

Und Aurora steht allein im Angesicht ihres tragischen Geschicks, geängstigt von der Ruhe des Himmels, wie zur Folter auf das Rad der Welt geflochten...

Der Meerestrodent

Die Morgenämmerung bricht an. Das F u g e ist hinabgeklungen, am sein noch rödliches Anlicht im Meer zu haben, und schon sieht der Horizont einen Regen von Licht.

Nicht am Meer zieht der „Sard“ seine Anfertare ein und wandert mit dem Anderen an la pandura. Ohne sich um die Ruck-Strömung zu kümmern, r-est er folgen dem rauhen Gedrüll der Stürme und dem maelocigen Gewoge des Schiffswalles. Es ist ein englisches Schiff, so tapfer wie sein Name, das mit halber Ladung von Cardiff gekommen ist und diese in Sorrento erdängt hat, um nun den Kurs nach dem andalusischen Hafen Guartana einzuschlagen, wo es seine Fahrt gegen Kapier

intauschen und dann in sein Land zurückkehren soll. Es hat einen hohen, düstern Kumpf, der Kiel ist mit Mennige angestrichen, das Deck mit verschiedenen Geschützen bewehrt, die von einem Offizier der königlich britischen Marine befehligt werden.

Nach Uebereinkunft oder aus Gefälligkeit führt das Schiff zwei Passagiere mit, die von Deck aus mit großer Aufmerksamkeit das Kommen und Gehen an Bord, die Landschaft und die Küste beobachten. Es sind junge Leute und kleinen Beschäftigten zu sein. Das Mädchen trägt das Haar kurz geschnitten wie ein Kind, traus und dunkel umgibt es das interessante Gesicht, aus dem die Augen in eigenartigem raurigem Feuer leuchten; der gleiche Zauber brennt in seinen helleren und fähneren Pupillen und verleiht seinem männlichen Gesicht einen durchgeleitigen Reiz. Beide sind einfach, aber mit einer gewissen Eleganz gekleidet, die auf dem Deck dieses Schiffes fremd anmutet.

Gabriel Suarez arbeitet im Laderaum, Haas und Kleider von Staub und Schmutz dunkel, wie in Trauer gehüllt. Der rote Mann aus dem Bergwerk verwandelt sich auf der See in einen schwarzen. Und während er lächelt und leidet, betrachtet er wiederholt den Schiffsmann, der, aus dem Hölle eines rötlichen Baues gedreht, erst im Walde mit den Wimpern der Höhe Zimelprange gehalten hat und jetzt wie ein Vogel hoch über dem Meere dahinstreift.

Somit die ersten Wellen flüchten werden, verläßt der junge Mann seine Arbeit, um von der Küste Abschied zu nehmen, die ihn geschichtlich ruft, in einer Schiffsstube sitzend, richtet er die müden Augen auf die mit Felsen und Wägen überfachte Landschaft, die unter dem Namen des großen Berges in der Schöpfung erwacht ist. Über die Küstengegend, die in letzten Stund geschütt ist, geht ein Hügel, das beginnendes Gebirge fähnen läßt; aus dem Innern der Stadt löst sich das friedliche Räuten einer Kirchenglocke, und vor ihren hellen Klängen verzieht sich der Nebel wie ein flüchtiger Vogel; die Berge, die unter dem Strahlenbogen des Morgenrots aufstehen, umschließen die Stadt.

Mitgliederversammlung der KPD

am Mittwoch, 11. Juli, abends 7 Uhr
im kleinen Saale des „Schiefwerder“
Thema: Die nationale Frage.
Referent: Gen. Silbermann.

... der SPD. ...
Das Referat des Genossen Silbermann ...
„Schlageter und die nationale Frage“ wird in
einer Versammlung der kommunistischen Me-
tallarbeiter wiederholt.

Am Mittwoch geht jeder Metallarbeiter in
die Verbands-Versammlung. Seid auf dem
Bo-

Der Gesangschor tritt heute, Dienstag, den
10. Juli, erstmalig im Schiefwerder auf.

Neuerungen im Parlament

In der letzten Stadtvorstandssitzung ist es dem
KPD-Beichtstatter unangenehm aufgefallen,
dass der Berichterstatter der Arbeiterzeitung kurz
vor der Rede des Oberbürgermeisters zu einem
dringenden Bedürfnis den Saal verließ. Die
„Volksmacht“ kann sich heute noch nicht darüber
beunruhigen. Wie wir jetzt hören, wird diese Ange-
legenheit nach den Ferien die Stadtverordneten-
sitzung beschäftigen. Im Magistrat ist man bereits
überzeugt, dass das Verhalten unseres Be-
richterstatters nicht als eine Obstruktion gegen den
Magistrat aufgefasst werden kann, da unser Bericht-
erstatter bei Beginn der Rede einer Magnifizenz
bereit wieder im Saal, wenn auch nicht am
Beichtstuhl war. Trotzdem gedenkt die SPD-
Fraktion einen Antrag einzubringen, worin die
Anstellung eines Lokalanwalters gefordert wird.
Um den Posten in zuverlässige Hände zu bringen,
soll von einer Ausschreibung dieser Stelle ab-
gesehen werden. Eine geeignete Kraft, mit der
wir hören, ein prominenter SPD-Führer, ist bereits
in Vorschlag gebracht. Der neuzugewählte Posten
untersteht dem Report der politischen Polizei.
Über die Verlegung der Latrine durch die Presse-
berichterstatter der „Schlesischen Arbeiterzeitung“
ist unmittelbar nach Schluss der Sitzung dem
Polizeipräsidenten ein ausführlicher Bericht einzu-

reichen. Wenn dieser SPD-Antrag angenommen
wird, was bei der Zusammenkunft der Stadt-
verordnetenversammlung kaum zweifelhaft ist, so
wird er damit wieder eine neue Fettpfunde für die
SPD geschaffen.

Freie Turnerschaft Breslau. Der geschäfts-
führende Ausschuss, die technischen Vereins-
funktionäre sowie die Abteilungsleiter werden
oder deren Stellvertreter treffen sich am Mitt-
woch, den 11. Juli, abends 8 Uhr, in der
Turnhalle der 3. Turnerschaft, Blücher-
straße.

Aus der Provinz

Wo wird geflutet?

Mittwoch, den 11. Juli, abends 6 Uhr, in
Hahnau, Neues Tischtennishaus.
Mittwoch, den 11. Juli, abends 8 Uhr, in
Köpenick, Kronprinz Hof.
Donnerstag den 12. Juli, in Siegmund, Woll-
haus.
Freitag, den 13. Juli, in Schmiedberg, in
Schreibers Hotel.
Sonntag, den 14. Juli, in Hirschberg, Ber-
liner Hof.

Ein neues Fasziistentorps

soll in Osnabrück zusammengestellt werden. In
der „Schlesischen Zeitung“ finden wir in der
Sonntagsnummer folgendes Werbeinserat:

Ehemalige Soldaten

aller Dienstgrade, unverheiratet, von natio-
naler Gesinnung, werden als Schutzbeamte
für Jagd und Wald, Domänen usw. für so-

fort und später gesucht. Nur schriftl. Bewer-
bungen mit eingehendem Lebenslauf an das
Schlesische Jagdbüro Osnabrück.
Es wird Sache der Arbeiterschaft, insbe-
sondere unserer Osnabrücker Genossen sein, dieser
Schutzgarde für angebliche Jagdzwecke ihr
Augenmerk zuzuwenden. Das Inserat spricht
ja für sich selbst. Wozu fordert man denn die
„nationale Gesinnung“?
Drusilger kann der Fasziismus in Schlesien
ganz leicht in Erscheinung treten, als es hier ge-
scheht.

Um so dringender fordert das revolutionäre
Proletariat die sofortige Bildung von bewaff-
neten Hundertschaften zur Abwehr und Ver-
teidigung gegen die überall sich bildenden
faszistischen Organisationen.

Trebnitz.
Die Aufgaben der Kommunisti-
schen Partei war das Thema, über das am
Sonntag, den 7. Juli, der Genosse Kurt
Sander in einer öffentlichen Mitglieder-
versammlung sprach. In knapper, verständlicher
Form zeigte der Genosse Sander die Entwickel-
ung der revolutionären Arbeiterbewegung, die
Gründung der KPD und der 3. Internatio-
nale. Er schilderte kurz die politische und wirt-
schaftliche Lage, aus der sich unsere Aufgaben
als die revolutionäre Partei des Proletariats
ergeben. Die gut besuchte Versammlung nahm
das Referat mit Beifall auf. In der Dis-
kussion sprach außer einigen Genossen der KPD,
auch der SPD-Mann Wagner. Er ist mit
seinem Führer unzufrieden, weils das die
KPD nicht die Interessen der Arbeiterschaft

verteilt, sondern das nur die KPD wirklich
den Klassenkampf führt. Trotzdem kann er sich
von der SPD nicht trennen. Warum, das sagt
er nicht.

Als 2. Punkt wurden organisatorische Fragen
besprochen und die Vorstandswahlen vorge-
nommen. Jeden ersten Sonntag nach dem
Festen wird die regelmäßige Mitglieder-
versammlung stattfinden.

Dittersbach.
Arbeiter von Dittersbach, die Au-
gen auf! Reaktionäre Umtriebe machen sich
heute auch bei uns bemerkbar. Am Freitag
abend, den 6. Juli, kam so gegen 10 Uhr ein
Trupp von sechs Mann „Siegreich woll'n wir
Frankreich schlagen“ singend das Dorf entlang.
Eine Stunde später ein anderer Trupp, der die
„Wacht am Rhein“ grüßte. Und wieder eine
Stunde später ein anderer Trupp, der
„Ich bin ein Preuße“ herunterplärrte. Wenn
wir auch wissen, wie lächerlich es wirkt, an-
gesehen der Tatsache, dass der Frangose nicht
nur am Rhein, sondern überm Rhein, und
halb vor den Toren Berlins stehen wird,
die Wacht am Rhein und „Siegreich woll'n
wir Frankreich schlagen“ zu singen, so wollen
wir den Arbeitern doch immerhin raten, auf
derlei Dummejungenstreiche etwas mehr acht
zu geben. Sonst könnte es passieren, dass wir
eines Tages mit einer ganz anderen Melodie
geweckt werden.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Teil: Kurt
Domrowski, für den Inseratenteil: Max Fischer,
Redaktionsrat und Verlag: Produktiv-Genossenschaft für die
Provinz Schlesien e. V. m. b. H., Amtsitz in Breslau.

Versammlungs-Kalender.

Jede Zeile unter dieser Rubrik kostet 150 Mark.

KPD Bezirksleitung: Wilh. n. Hoff, Breslau,
Dresdenerstr. 50, Tel. Ring 527, Straße
Hilf. Oskar, Breslau, Dresdenerstr. 51.

Alle Zeitungskaffierer werden ersucht, sofort in die Ge-
sellschaft zu kommen, um die Eintragung der Namen
abzumachen. Alle Abnehmer müssen noch Mitglied-
heit für diese Woche bestätigen.

Breslau, Dienstag, 10. Juli, abends 7 Uhr, Sonntagssitzung
des Roten Kampfbundes. Kommissarische Genossen
und Genossinnen werden eingeladen, sich in
einer größeren Zahl zu beteiligen. Leitung: Adolf
Winter, Schillingstr.

**Dresden, den 10. Juli, abends 7 Uhr, im Versamm-
lungssaal, Nikolaistr. 49/50, Besprechung der Kom-
munistischen Bezirksleitung.**

**Mittwoch, den 11. Juli, abends 7 Uhr, im kleinen
Saal des „Schiefwerder“, Mitglieder-Versammlung.**
Genosse Silbermann Referat: Thema: Die Mele
Babels über Schlageter. Referent: Gen. Silbermann.
Mittwoch, den 11. Juli, abends 8 Uhr, findet im
kleinen Saal des „Schiefwerder“ eine außer-
ordentliche Sitzung der Kommissarischen Bezirks-
leitung. Alle Mitglieder müssen rechtzeitig am
Saalplatz erscheinen, da um 7 Uhr, Mitglieder-
versammlung.

**Bismarck, Mittwoch, den 11. Juli, findet in der
im Schlosspark für Sonntag, den 12. Juli, um
10 Uhr, im Saal des „Schiefwerder“, die
wichtige Besprechung, die sich zu wichtigeren Komman-
den zusammenstellen werden, werden ersucht, sich
zu beteiligen. Ersuchen um mitzubringen. Besprechung
des Parteivorstandes.**

**Hirschberg, Mittwoch, den 11. Juli, abends 7.30 Uhr, im
Saal der KPD, Mitglieder-Versammlung.** Ersuchen
an Mitglieder, sich rechtzeitig am Saalplatz ein-
zustellen.

**Dresden, den 11. Juli, abends 8 Uhr, im „Schief-
werder“, Mitglieder-Versammlung.** Die Genossen müssen rechtzeitig
erscheinen.

**Peterswaldau, Sonntag, den 12. Juli, abends 7 Uhr,
im kleinen Saal des „Schiefwerder“, Mitglieder-
versammlung.** Ersuchen um mitzubringen. Besprechung
des Parteivorstandes, die sich zu wichtigeren Komman-
den zusammenstellen werden, werden ersucht, sich
zu beteiligen. Ersuchen um mitzubringen. Besprechung
des Parteivorstandes.

**Bismarck, Freitag, den 11. Juli, abends 7.30 Uhr, bei
Genosse Silbermann, Mitglieder-Versammlung.**
Wichtige Besprechung. Ersuchen um mitzubringen.
Besprechung des Parteivorstandes, die sich zu wichtigeren Komman-
den zusammenstellen werden, werden ersucht, sich
zu beteiligen. Ersuchen um mitzubringen. Besprechung
des Parteivorstandes.

**Breslau, Freitag, den 11. Juli, abends 7.30 Uhr, bei
Genosse Silbermann, Mitglieder-Versammlung.**
Wichtige Besprechung. Ersuchen um mitzubringen.
Besprechung des Parteivorstandes, die sich zu wichtigeren Komman-
den zusammenstellen werden, werden ersucht, sich
zu beteiligen. Ersuchen um mitzubringen. Besprechung
des Parteivorstandes.

**Breslau, Freitag, den 11. Juli, abends 7.30 Uhr, bei
Genosse Silbermann, Mitglieder-Versammlung.**
Wichtige Besprechung. Ersuchen um mitzubringen.
Besprechung des Parteivorstandes, die sich zu wichtigeren Komman-
den zusammenstellen werden, werden ersucht, sich
zu beteiligen. Ersuchen um mitzubringen. Besprechung
des Parteivorstandes.

KJD Bezirksleitung: Wilh. n. Hoff, Breslau,
Dresdenerstr. 50, Tel. Ring 527, Straße
Hilf. Oskar, Breslau, Dresdenerstr. 51.

**Breslau, Helm Cwitkell, Dienstag, den 10. Juli, abends
7 Uhr, im Schulhaus Nr. 1, Friedrichstraße, Arbeit-
samt, Gewerkschaften, Mitglieder-Versammlung.** Jedes Mit-
glied muss erscheinen.

**Bismarck, den 11. Juli, Freitagabend, Saal mit-
tagen.**

**Bismarck, Donnerstag, den 12. Juli, Freitag, über die
Kampfbünde, von Genossen Details.**

Freitag, den 13. Juli, Sonntag, Mitglieder-Versammlung
mit einem Vortrag des Genossen Winter über Erhebung
oder Vertiefung der Gewerkschaften. Par-
teivorstand wird eingeladen.

Landeshut, Mittwoch, den 11. Juli, Arbeitersitzung
über die Entfaltung des Kampfbundes.

**Peterswaldau, die Freitagabend der KPD finden bis auf
weiteres jeden Mittwoch statt.** Das Erscheinen eines
jeden Mitglieds besonders der Funktionäre erwünscht.

**Schlesien, Sonntag, den 12. Juli, im „Schief-
werder“, Vortrag über Kampfstrategie und Taktik.**
Waldenburg, Freitag, den 11. Juli, Freitag des Gen-
ossen über „Weltrevolution“ (in der Reichshalle).

KKG Kommunistische Kinder-Gruppe,
Bezirksleitung:
Breslau, Nikolaistr. 49/50.

**Breslau, Ober- und Schichtarbeiter trifft sich Dienstag, den
10. Juli, Freitag, im Saal des „Schiefwerder“, Arbeit-
samt, Gewerkschaften, Mitglieder-Versammlung.**

**Peterswaldau, die Zusammenkünfte der Stadtkom-
mission finden jeden Sonntag statt.** Besondere Aufmerksamkeit
der Parteigenossen ist es, ihre Kinder in die Gruppe
zu bringen.

Gewerkschaften

**Breslau, Gewerkschaften, Dienstag, 10. Juli, abends
5 Uhr, im Schulhaus Nr. 1, Friedrichstraße, Arbeit-
samt, Gewerkschaften, Mitglieder-Versammlung.**

**Kommunistische Arbeiterpartei, Dienstag, den
13. Juli, abends 7 Uhr, im Schulhaus Nr. 1, Friedrichstraße,
Kommunistische Arbeiterpartei, Mitglieder-Versammlung.**

**Chemnitz, Mittwoch, den 11. Juli, abends 5 Uhr, findet
in Chemnitz, Mitglieder-Versammlung, eine wichtige Besprech-
ung statt.** Genossen der Organisation des Deutschen
Gewerkschaftenverbands, Deutsche Gewerkschaft
Bund, der Deutschen Gewerkschaften, alle Kollegen,
die mit uns zusammenarbeiten, werden ersucht,

Andere Organisationen

**Breslau, Freie Religionsgemeinschaft, Freitag, den
10. Juli, abends 8 Uhr, im Dinterhof, große
öffentliche Versammlung für Männer und Frauen.**

**Bismarck, Freitag, den 11. Juli, abends 8 Uhr, im
Saal des „Schiefwerder“, Mitglieder-Versammlung.**

**Peterswaldau, Freie Religionsgemeinschaft, Donnerstag, den
12. Juli, abends 8 Uhr, im Saal des „Schiefwerder“, große öffent-
liche Versammlung für Männer und Frauen.**

**Chemnitz, Freitag, den 11. Juli, abends 8 Uhr, im
Saal des „Schiefwerder“, Mitglieder-Versammlung.**

**Langenbieten, Freie Religionsgemeinschaft, Freitag, den
10. Juli, abends 8 Uhr, im Dinterhof, große
öffentliche Versammlung für Männer und Frauen.**

**Bismarck, Freitag, den 11. Juli, abends 8 Uhr, im
Saal des „Schiefwerder“, Mitglieder-Versammlung.**

**Peterswaldau, Freie Religionsgemeinschaft, Donnerstag, den
12. Juli, abends 8 Uhr, im Saal des „Schiefwerder“, große öffent-
liche Versammlung für Männer und Frauen.**

**Chemnitz, Freitag, den 11. Juli, abends 8 Uhr, im
Saal des „Schiefwerder“, Mitglieder-Versammlung.**

**Bismarck, Freitag, den 11. Juli, abends 8 Uhr, im
Saal des „Schiefwerder“, Mitglieder-Versammlung.**

**Langenbieten, Freie Religionsgemeinschaft, Freitag, den
10. Juli, abends 8 Uhr, im Dinterhof, große
öffentliche Versammlung für Männer und Frauen.**

**Bismarck, Freitag, den 11. Juli, abends 8 Uhr, im
Saal des „Schiefwerder“, Mitglieder-Versammlung.**

**Peterswaldau, Freie Religionsgemeinschaft, Donnerstag, den
12. Juli, abends 8 Uhr, im Saal des „Schiefwerder“, große öffent-
liche Versammlung für Männer und Frauen.**

**Chemnitz, Freitag, den 11. Juli, abends 8 Uhr, im
Saal des „Schiefwerder“, Mitglieder-Versammlung.**

**Bismarck, Freitag, den 11. Juli, abends 8 Uhr, im
Saal des „Schiefwerder“, Mitglieder-Versammlung.**

**Langenbieten, Freie Religionsgemeinschaft, Freitag, den
10. Juli, abends 8 Uhr, im Dinterhof, große
öffentliche Versammlung für Männer und Frauen.**

**Bismarck, Freitag, den 11. Juli, abends 8 Uhr, im
Saal des „Schiefwerder“, Mitglieder-Versammlung.**

**Peterswaldau, Freie Religionsgemeinschaft, Donnerstag, den
12. Juli, abends 8 Uhr, im Saal des „Schiefwerder“, große öffent-
liche Versammlung für Männer und Frauen.**

**Chemnitz, Freitag, den 11. Juli, abends 8 Uhr, im
Saal des „Schiefwerder“, Mitglieder-Versammlung.**

**Bismarck, Freitag, den 11. Juli, abends 8 Uhr, im
Saal des „Schiefwerder“, Mitglieder-Versammlung.**

**Langenbieten, Freie Religionsgemeinschaft, Freitag, den
10. Juli, abends 8 Uhr, im Dinterhof, große
öffentliche Versammlung für Männer und Frauen.**

**Bismarck, Freitag, den 11. Juli, abends 8 Uhr, im
Saal des „Schiefwerder“, Mitglieder-Versammlung.**

**Peterswaldau, Freie Religionsgemeinschaft, Donnerstag, den
12. Juli, abends 8 Uhr, im Saal des „Schiefwerder“, große öffent-
liche Versammlung für Männer und Frauen.**

**Chemnitz, Freitag, den 11. Juli, abends 8 Uhr, im
Saal des „Schiefwerder“, Mitglieder-Versammlung.**

**Bismarck, Freitag, den 11. Juli, abends 8 Uhr, im
Saal des „Schiefwerder“, Mitglieder-Versammlung.**

★
Wir suchen
für die Lewald- und Friedrichstraße einen
zuverlässigen Zeitungskaffierer
Meldungen sofort Trebnitzer Straße 50.
Die Expedition.
★

Eine ganze Bibliothek für nur 8000 Mark
erhalten Sie durch das
**Wirtschaftliche
Arbeitnehmer-Jahrbuch
1923**
Es enthält alles, was man im täglichen Leben rasch wissen muß, z. B. wichtigste
Rechtsvorschriften, Kommunalverwaltung, Gewerkschaftslehre, soziale
Zustände, die gesamte Sozialversicherung, Gewerkschaftslehre, Arbeitsrecht,
Arbeitsvermittlung, Reichsministerium, Lohnsteuer, Bildungswesen, Volks-
schulen, Staatsbankrott, Inflation, Wirtschaftspolitik (Preise, Löhne,
Steuern, Produktion, Außenhandel, Arbeitslosigkeit usw.)
Beim Zeitungskaffierer, in der Verlagsanstalt
debate, beim Stubben zu Hause, bei Beratung
von Kollegen, beim Schenken eigener Jahrbücher
Preis 8000 Mark.
Zu beziehen durch
Produktiv-Genossenschaft f. d. Prov. Schlesien e. V. m. b. H.
Breslau, Nikolaistr. 49/50 - Abteilung Buchhandlung.

BOBROWSKY & ZELLNER
★
Allergrößtes Spezial-Haus
für Manufakturwaren, Modewaren, Leinen- und
Baumwollwaren am Platze
★
FERNSPRECHANSCHLUSS NR. 272
RING 22 GLEIWITZ RING 22
FERNSPRECHANSCHLUSS NR. 272